

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 09. Mai 2010 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

1.	Kurzübersicht zum Wahlergebnis.....	2
2.	Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2010.....	4
	a. NRW: Kein rotes Bayern	4
	b. Abnehmende parlamentarisch-politische Repräsentation	7
	c. Änderungen im Wahlrecht zur LTW 2010	9
3.	Der Landtagswahlkampf 2010	9
	a. Die Parteien im Landtagswahlkampf	10
	b. Koalitionssignale vor der Wahl	12
	c. Koalitionspräferenzen der Wahlberechtigten	13
4.	Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen.....	15
	a. Die Kompetenzen der Parteien.....	15
	b. Die Spitzenkandidaten von CDU und SPD im Profilvergleich	16
	c. Fiktive Direktwahl	16
	d. Gründe für die Wahlentscheidung / Zufriedenheit mit der Landesregierung.....	17
5.	Das Wahlergebnis im Überblick	18
	a. Das Wahlergebnis in Einzelaspekten im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen	19
	b. Die Wähler/-innenmobilisierung der LINKEN	21
	c. Rechtsextreme Ergebnisse.....	22
6.	Das Wahlergebnis im Einzelnen	22
	a. Die Wähler/-innen-Wanderung	22
	b. Die Wähler/-innen nach Altersgruppen / Erstwähler.....	23
	c. Die Wähler/-innen nach Geschlecht	24
	d. Die Wähler/-innen nach Berufsgruppen und Gewerkschaftsmitgliedschaft	24
	e. Die Wähler/-innen nach Regionen	25
	f. Wahlentscheidende Themen und Aspekte	27
	Die Autoren / Vorbehalt	28
	Anhang: Die Ergebnisse der LINKEN bei der NRW-LTW 2010 nach Wahlkreisen	29

1. Kurzübersicht zum Wahlergebnis

Tabelle: Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010

	Stimmenanteile		Ver- änderung	Landtagsmandate		Ver- änderung
	LTW 2005	LTW 2010		LTW 2005	LTW 2010	
CDU	44,8%	34,6%	-10,2%	89	67	-22
SPD	37,1%	34,5%	-2,6%	74	67	-7
Grüne	6,2%	12,1%	+5,9%	12	23	+11
FDP	6,2%	6,7%	+0,5%	12	13	+1
LINKE	3,1%	5,6%	+2,5%	-	11	+11
Sonstige	2,6%	6,5%	+3,9%	-	-	-

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage des vorläufigen Endergebnisses

Die schwarzgelbe Regierung in Nordrhein-Westfalen wurde nach nur einer Legislaturperiode wieder abgewählt. Der Düsseldorfer Landtag ist zu einem Fünf-Parteien-Parlament geworden. Über die Zusammensetzung haben 59,3 % der Wahlberechtigten entschieden, weniger als bei der vorausgegangenen Landtagswahl, die zum Wechsel von Rot-Grün zu Schwarz-Gelb führte, aber mehr als bei der Landtagswahl 2000.

Auch wenn die prozentualen Zahlen etwas anderes zu sagen scheinen, so ist das Ergebnis nicht einer besonderen Mobilisierung der Oppositionsparteien und einer sich darin ausdrückenden Wechselstimmung zu verdanken, sondern vor allem der Demobilisierung der CDU-Wählerschaft.

Die **CDU** erzielt ihr schlechtestes Wahlergebnis in NRW seit der Gründung des Bundeslandes. Ministerpräsident Rüttgers hat ein Wahldebakel zu verantworten. Er hat eine noch am Ende des Winters sicher geglaubte Wahl verloren. Die CDU hat gegenüber der letzten Landtagswahl rund 1 Million Stimmen verloren. Sie verliert ein Viertel ihrer Landtagsmandate.

Die **FDP** verbessert ihr absolutes prozentuales Ergebnis leicht gegenüber der Landtagswahl 2005, bleibt aber deutlich hinter ihrem Bundestagswahlergebnis 2009 von 14,9%. Auch bei den absoluten Stimmen liegt deutlich unter ihrem Europawahl-Ergebnis.

Die Wahlgewinner sind Grüne und LINKE.

Die **Grünen** erreichen ihr bestes Wahlergebnis in NRW und verbessern sich gegenüber ihrem Bundestagswahlergebnis 2009 (10,1%). In einigen Städten erreichen sie sogar die 20%-Marke (z.B. Köln). Offensichtlich hat es den Grünen alles andere als geschadet, ihre inhaltlichen Anliegen in den Mittelpunkt zu stellen und sich einerseits auf die SPD als Koalitionspartner erster Wahl festzulegen, aber gleichzeitig die Tür zur CDU nicht vollends zuzuschlagen.

DIE LINKE zieht erstmals in den Düsseldorfer Landtag ein. Sie bleibt deutlich unter ihrem Wahlergebnis von 8,4% bei der Bundestagswahl. DIE LINKE ist jetzt in 13 Landesparlamenten vertreten, ebenso wie die Grünen. Mit dem Einzug in den Düsseldorfer Landtag schließt sich der Kreis der Herausbildung der neuen Partei: Die Landtagswahlen 2005, bei der die PDS 0,9% und die WASG 2,2% der Stimmen erzielten, bildeten den Auftakt für die vorgezogenen Bundestagswahlen und die Gründung der neuen Linkspartei. Die Parteigründung wurde nun auch im bevölkerungsreichsten Land mit dem Einzug in das Parlament honoriert. Den Grünen gelang dies 1990 nur sehr knapp und erst im dritten Anlauf. Nicht zu unterschätzen ist auch, dass der Einzug gegen die Wahlpropaganda aller anderen Parteien und eines großen Teils der medialen Öffentlichkeit erreicht wurde. Denn je offener der Wahlausgang wurde, desto klarer wurde, dass ein Einzug der Linken sowohl eine schwarz-gelbe als auch eine rot-grüne Koalition sehr unwahrscheinlich machen würde. Wer LINKE wählte, hat-

te sich in der Wahlpropaganda der anderen Parteien, also gegen eines der beiden Lager, für eine selbständige politische Kraft zu entscheiden.

Die **SPD** geht bei dieser Wahl als gefühlte Siegerin, tatsächlich jedoch als Scheinriese durchs Ziel. Sie liegt gleichauf mit der CDU, was nach dem Bundestagswahlergebnis von 28,5% nicht unbedingt zu erwarten war. Sie verliert andererseits gegenüber der letzten Landtagswahl nochmals an Stimmen und Prozenten und erreicht erneut das schlechteste Ergebnis seit 1957.

Die SPD verliert gegenüber der letzten Landtagswahl 380.000 Stimmen und unterbietet das Bundestagswahlergebnis 2005 nochmals um knapp 3.000 Stimmen. Von einer Annäherung an alte Stärke kann mitnichten die Rede sein.

Für die neue SPD-Führung ist dieses Ergebnis trotz der Negativrekorde dennoch eine Bestätigung. Das Tief der Bundestagswahl scheint vorerst überwunden zu sein. Vor allem aber kann die Partei einen Wahlerfolg feiern und steht weder am Wahlabend noch am Tag danach als Verliererin da. Das kann zu einer deutlichen Verbesserung der innerparteilichen Stimmungslage beitragen.

Auf der Basis des vorläufigen amtlichen Endergebnisses sitzen 181 Abgeordnete im Landtag, eine **NRW-Regierungsmehrheit** braucht demnach mindestens 91 Mandate. Die alte schwarzgelbe Koalition verfügt nur noch über 80 Mandate, eine rot-grüne Koalition erreicht 90 Sitze.

Sieht man von der rechnerisch möglichen „Spanien“-Variante ab, sind drei Koalitionsbildungen möglich:

- eine Koalition aus CDU und SPD käme auf 134 Mandate;
- eine Koalition aus CDU, Grünen und FDP käme auf 103 Mandate;
- eine Koalition aus SPD, Grünen und LINKE käme auf 101 Mandate.

Die rot-rot-grüne Variante ist in den Umfragen bei der Wahlbevölkerung die unbeliebteste Variante, somit diejenige, die die inneren Kräfte der möglichen Partner am stärksten strapaziert, gleichzeitig die einzige Variante, die die SPD in erkennbarer Opposition zur schwarzgelben Bundesregierung bringen würde. Ein Dreierbündnis mit der FDP hatten die Grünen vor der Wahl ausgeschlossen.

Die SPD steht in der Koalitionsbildung daher an einem Kreuzweg: zurück in die „große“ Koalition und Sprung in das offene Meer einer alternativen Konstellationsbildung mit Aussicht auf ein gesellschaftliches Reformbündnis.

Für die **Bundesregierung** ist dieser Wahlausgang mehr als ein Denkwort. Sie verliert ihre Mehrheit im Bundesrat. Mehr noch: Das Wahlergebnis in NRW zeigt, wie flüchtig der Wahlsieg von Rüttgers 2005 war, zeigt, dass hinter schwarz-gelb in Düsseldorf keine stabile, strukturelle Mehrheit stand. Das gleiche gilt auch für die Bundesregierung und wird durch den Wahlausgang ins Bewusstsein der Akteure gerückt.

Die Ursachenforschung reicht weit in die Kreise der medialen und intellektuellen Öffentlichkeit hinein, die der schwarzgelben Regierung im Grunde wohlgesonnen, aber über das Erscheinungsbild und das angeblich zögerliche Agieren verärgert sind.

Einerseits gilt die FDP als Schuldige, weil sie zu offensichtlich Klientel-Interessen vertreten und sich der haushaltspolitischen Realität verweigert habe. Andererseits wird innerhalb der Union das zögerliche, unentschlossene Agieren der Kanzlerin für das schlechte Erscheinungsbild der Koalition verantwortlich gemacht. Wahlweise, weil sie die FDP nicht rechtzeitig domestiziert habe oder weil sie vor den angeblich unvermeidlich anstehenden Konsolidierungsmaßnahmen bisher zurückgeschreckt sei. Man wisse nicht, wohin sie das Land steuern wolle. An diesem Punkt treffen sich innerparteiliche Kritiker, noch – bis auf Bundestagspräsident Lammert – Vertreter der zweiten und dritten Reihe und Verbandsvertreter der Unternehmen.

Eins ist sicher: Die Debatten innerhalb der Regierungskoalition werden nach diesem Wahlabend deutlich zunehmen, auch wenn sie zunächst von der aktuellen Euro-Krise überlagert

werden. Denn nach dem Verlust der Bundesratsmehrheit sind weitere Kompromisse im Bundesrat erforderlich. Das Wahldebakel wird nicht allein Rüttgers zugerechnet werden, sondern auch Merkel.

2. Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2010

Nach 39 Jahren sozialdemokratischer bzw. sozialdemokratisch geführter Regierungen, löste die Union unter Jürgen Rüttgers am 22. Mai 2005 die SPD von der Macht ab. Sie regierte seitdem gemeinsam mit der FDP, die dadurch erstmals nach einem Vierteljahrhundert zwischen Rhein und Ruhr wieder Regierungsverantwortung übernehmen konnte.

Die Landtagswahl 2005 führte jedoch nicht nur zu einem Regierungswechsel in Düsseldorf, sondern läutete mit der Niederlage der bis dahin letzten rot-grünen Landesregierung auch das Ende der seit 1998 amtierenden rot-grünen Bundesregierung ein: *„Mit dem bitteren Wahlergebnis meiner Partei in Nordrhein-Westfalen ist die politische Grundlage für die Fortsetzung unserer Arbeit in Frage gestellt“* erklärte der damalige Kanzler Gerhard Schröder und Franz Müntefering ergänzte: *„Wir suchen die Entscheidung. Es ist Zeit, dass in Deutschland die Verhältnisse geklärt werden.“*¹

Im Ergebnis dieser Klärung zog DIE LINKE in den deutschen Bundestag und seitdem in eine Reihe westdeutscher Landtage ein und übernahm Kanzlerin Merkel erst im Bündnis mit der SPD und seit dem Herbst des vergangenen Jahres mit der FDP die Regierungsgeschäfte.

Diese beiden Aspekte, die langjährige sozialdemokratische Dominanz und die Wirkungen der NRW-Wahlen auf die Bundespolitik haben verbreitet zu der Vorstellung geführt, dass NRW ein „Stammland der Sozialdemokratie“ und Wahlen in NRW „kleine Bundestagswahlen“² seien.

Während aufgrund der Sozial- und Raumstruktur Nordrhein-Westfalen als kleine Abbildung der Bundesrepublik gilt und daher das Ausmaß an Wählerstabilität, Wählerfluktuation sowie die Richtung von Wahlentscheidungen als exemplarisch und repräsentativ für die ganze Republik gedeutet werden, hat die Wahl- und Parteienforschung den Vorstellungen eines „roten NRW“ verschiedentlich widersprochen.³

a. NRW: Kein rotes Bayern

Die Vorstellung von NRW als sozialdemokratischer Hochburg, als Pendant zum schwarzen Süden speist sich insbesondere aus „einem kognitiven Bedürfnis nach Gegengewichten“, also der Vorstellung, dass dem CSU-dominierten Bayern ein rotes NRW entgegenzustellen sei, auch wenn es de facto kein gleichgewichtiges Gegengewicht ist.⁴

Denn sozialdemokratisch war nie ganz NRW, sondern die Machtbasis der SPD lag lange Zeit im Ruhrgebiet – dort liegt, wie Willy Brandt es einmal bezogen auf Dortmund formulierte, die „Herzkammer der SPD“. Das Münsterland, der Niederrhein oder Ostwestfalen, also die ländlich geprägten Regionen, waren stets nahezu uneinnehmbare Hochburgen der Union. Und auch im Ruhrgebiet wurde die sozialdemokratische Orientierung keineswegs historisch mit der Muttermilch aufgesogen. Vielmehr dominierte dort ein katholisches Arbeiterbewusstsein und die SPD musste sich in den 50er und 60er Jahren ihre Vormacht hart erarbeiten.

¹ Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff 2005, Die PDS und die Landtagswahl vom 22. Mai 2005,

² Vgl. „Das große Zittern vor der kleinen Bundestagswahl“, BILD vom 08.05.2010; „Eine kleine Bundestagswahl an Rhein und Ruhr“, Hamburger Abendblatt vom 08.05.2010; „Die kleine Bundestagswahl?“, RP-online vom 08.05.2010 aber auch Ursula Feist / Hans-Jürgen Hoffmann 2001, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2000: Gelbe Karte für rot-grün, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 1/2001, S. 124 m.w.N.

³ Vgl. Uwe Kranenpohl 2008, Das Parteiensystem Nordrhein-Westfalens, in: Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 315-339; Karl-Rudolf Korte / Martin Florack / Timo Grunden 2006, Regieren in Nordrhein-Westfalen. Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006, Wiesbaden, S. 39ff.

⁴ Korte et al, S. 40.

Kranenpohl und Korte et al unterteilen die Entwicklung des nordrhein-westfälischen Parteiensystems, anhand der Merkmale Fragmentierung, Asymmetrie und Mobilisierungsfähigkeit der Großparteien, in vier Phasen, die im Wesentlichen übereinstimmen.⁵

Tabelle: Ministerpräsidenten, Regierungsparteien und ihre Verankerung bei den Wahlberechtigten in NRW seit 1947

	Ministerpräsident	Regierungsparteien	Verankerung bei den Wahlberechtigten
LTW 1947	Arnold (CDU)	CDU, SPD, Zentrum, KPD	59,7%
LTW 1950	Arnold (CDU)	CDU, Zentrum	31,0%
LTW 1954	Arnold (CDU)	CDU, Zentrum, FDP	40,4%
20.2.1956	Steinhoff (SPD)	SPD, FDP, Zentrum	35,6%
LTW 1958	Meyer (CDU)	CDU	38,2%
LTW 1962	Meyer (CDU)	CDU, FDP	38,6%
LTW 1966	Meyer (CDU)	CDU, FDP	38,0%
8.12.1966	Kühn (SPD)	SPD, FDP	43,0%
LTW 1970	Kühn (SPD)	SPD, FDP	37,6%
LTW 1975	Kühn (SPD)	SPD, FDP	44,2%
20.9.1978	Rau (SPD)	SPD, FDP	44,2%
LTW 1980	Rau (SPD)	SPD	38,5%
LTW 1985	Rau (SPD)	SPD	38,9%
LTW 1990	Rau (SPD)	SPD	35,6%
LTW 1995	Rau (SPD)	SPD, Grüne	35,6%
27.5.1998	Clement (SPD)	SPD, Grüne	35,6%
LTW 2000	Clement (SPD)	SPD, Grüne	28,1%
6.11.2002	Steinbrück (SPD)	SPD, Grüne	28,1%
LTW 2005	Rüttgers (CDU)	CDU, FDP	31,7%

1. Die Gründungs- und Konsolidierungsphase (1947 bis 1962)

Diese Phase war geprägt durch eine deutliche Abnahme der Fragmentierung und eine beträchtliche Zunahme der Wähler/-innenbindung an die beiden Großparteien CDU und SPD. Die Union konnte davon profitieren, dass es ihr gelang, über das Milieu des katholischen Zentrums hinaus, die in Süd- und Ostwestfalen dominierenden Protestanten sowie kirchenferne Katholiken zu gewinnen. Die CDU war dadurch bis in die Mitte der sechziger Jahre die stärkste politische Kraft im Land Nordrhein-Westfalen. Bei den Landtagswahlen 1958 erreichte sie mit 50,5% der Stimmen das erste (und einzige) Mal eine absolute Mehrheit im Parlament. Damit war in NRW die Herausbildung eines bürgerlich-katholischen Lagers abgeschlossen, nachdem zwei Jahre zuvor die beiden Koalitionsparteien der CDU – Zentrum und FDP – den langjährigen Ministerpräsidenten Karl Arnold gestürzt und erstmals einen Sozialdemokraten (Fritz Steinhoff) zum Regierungschef gewählt hatten. Die FDP wurde darüber zur Oppositionspartei, das Zentrum verschwand von der Bühne des Landtages.

Aus diesen Zahlen eine besondere Schwäche der SPD abzuleiten geht jedoch fehl. Denn auch wenn die CDU in den ersten Jahren der Existenz des noch jungen Landes NRW dominierte, so konnte die SPD ihrerseits weit über das alte linke Lager der Weimarer Republik hinaus Wähler/-innen an sich binden. Sie war also nicht schwach, sondern stark – aber nicht stärker als die CDU.⁶

⁵ Kranenpohl setzt den Zeitraum der SPD-Hegemonie zwischen 1985 und 2000 an, während diese bei Korte et al bereits mit der knapp errungenen SPD-Alleinregierung 1980 beginnt und bereits 1995 mit dem Eintritt der Grünen in die Landesregierung endet. Diese Sichtweise wird auch in der vorliegenden Darstellung vertreten.

⁶ Kranenpohl, S. 316 sowie Korte et al, S. 47ff.

2. Die Konkurrenz- bzw. Polarisierungsphase (1962 bis 1980)

Die Dominanz der Union war von kurzer Dauer. Während sie unter den Verschleißerscheinungen der christlich-liberalen Koalition in Bonn litt, konnte die SPD von ihrem Wandel zur Volkspartei und der damit einhergehenden Öffnung gegenüber den Kirchen profitieren.

Auf der Basis ihres Godesberger Programms gelangen der SPD erhebliche Einbrüche in die Wählerschaft der CDU. Bei der Landtagswahl 1966 wurde die SPD mit 49,5% erstmals stärkste Kraft im Lande. Eine nicht unerhebliche Rolle spielten dabei die Auseinandersetzungen um die Kohlepolitik der Regierung Ludwig Erhards. Allerdings konnte die CDU zunächst eine Koalitionsregierung mit der FDP bilden, diese zerbrach aber bereits nach wenigen Monaten. Obwohl von der SPD-Führung zunächst die Bildung einer Großen Koalition nach dem Vorbild des Bundes erwogen wurde, stimmte eine deutliche Mehrheit der SPD-Fraktion für eine Koalition mit der FDP. Im Dezember 1966 wählte der Landtag die erste sozialliberale Koalition unter Ministerpräsident Kühn.

Doch auch wenn die Dominanz der Union gebrochen war, konnte von einer sozialdemokratischen Hegemonie nicht die Rede sein. Beide Volksparteien lieferten sich bis in die 80er Jahre ein Kopf an Kopf-Rennen. CDU und SPD lagen mit jeweils über 45% der Stimmen nahe beieinander. Die CDU wurde bei den Landtagswahlen in den 70er Jahren – wenn auch nur knapp mit 0,2% (1970) und 2% (1975) – stärkste Partei.

Beide Parteien banden gemeinsam über 90% der Wähler/-innen und verharrten in einem „strukturellen Patt“. Die FDP ihrerseits, als dritte im Landtag vertretene Partei, entschied durch ihre Koalitionspräferenzen, dass die SPD ab 1966 endlich Regierungsverantwortung übernehmen konnte.⁷

3. Die Hegemonie der SPD (1980 bis 1995)

Erstmals wieder 1980 erreichte die SPD mit Johannes Rau mehr als 5%-Punkte Vorsprung vor der Union. Da die FDP knapp an der 5%-Hürde scheiterte, endete die sozialliberale Ära in NRW. Mit 48,4% erreichte die SPD zwar ihr zweitbestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in NRW, doch erst in den folgenden 80er Jahren konnte sie diejenige Hegemonie aufweisen, die sich in der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Johannes Rau einerseits und der Identifikation mit der SPD als der authentischen „Wir in NRW“-Partei andererseits ausdrückte.

Die absolute Mehrheit der Landtagssitze verteidigte sie bei den beiden darauf folgenden Landtagswahlen und erreichte sogar jeweils die absolute Mehrheit der Stimmen. In den achtziger Jahren mobilisierte die SPD jeweils über 4,6 Millionen Wählerinnen und Wähler, 1985 sogar über 4,9 Millionen Stimmen.

Dennoch basierte die sozialdemokratische Hegemonie nicht allein auf eigener Stärke. Die Sozialdemokraten profitierten insbesondere von der Schwäche der Union und von einer wieder zunehmenden Fragmentierung des Parteiensystems.⁸

4. Jenseits von schwarz-roter Dominanz (seit 1995)

Mit der Landtagswahl 1995 begann, parallel zu den akuten De-Industrialisierungsprozessen an Rhein und Ruhr, die Demobilisierung der sozialdemokratischen Wählerschaft. Die SPD erreichte nur noch gut 3,8 Millionen Stimmen, die Wahlbeteiligung sank von knapp 72% auf 64%. Die Ära der sozialdemokratischen Alleinregierungen war beendet. Die SPD büßte mit der Wahl vom 14. Mai 1995 ihre absolute Mehrheit ein und war gezwungen, mit den Grünen, die 10% erreichten, ein Regierungsbündnis einzugehen. Es begann die rotgrüne Dekade.

Doch nicht nur das Wachstum der Grünen trug zur Schwächung der NRW-SPD bei. Stärker noch unterspülte der ökonomische Strukturwandel die maßgeblich über die Gewerkschaften vermittelte vorpolitische Verankerung der Partei. Zwischen 1970 und 2002 sank in NRW die Anzahl der Beschäftigten im Produktionssektor um 40%, die DGB-Gewerkschaften verloren zwischen 1993 und 2005 ca. 665.000 Mitglieder. Die Mobilisierung der traditionellen

⁷ Kranenpohl, S. 316f. sowie Korte et al, S. 51f.

⁸ Kranenpohl, S. 317 sowie Korte et al, S. 52f.

Stammwählerschaft und die Integration heterogener Mittelschichten, lange Zeit Machtvor- aussetzung der SPD, gingen so verloren.

„Heute hat die CDU in ihrem größten Landesverband mit rund 165.000 Mitgliedern gut 30.000 Mitglieder mehr als die SPD. Und die Sozialdemokraten mussten zudem gerade im vergangenen Jahr einige herbe Niederlagen einstecken: Bei den Kommunalwahlen erreichten sie mit 29,4 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis, bei der Bundestagswahl lagen sie zwar über dem deutschen Schnitt, erreichten in Nordrhein-Westfalen aber auch nur noch 28,5 Prozent.“⁹

Von dieser Schwäche profitierte zwar phasenweise die CDU, der es insbesondere 2005 gelang, als Arbeiterpartei und Partei mit sozialer Kompetenz wahrgenommen zu werden. Erd- rutschartige Zustimmung entstand für die CDU dadurch aber nicht. Zwischen Mitte der sieb- ziger und Mitte der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatte die Rhein-Ruhr- CDU 1,4 Millionen von 4,8 Millionen Wählerinnen und Wähler verloren und verlor bei den Wahlen 1995 und 2000 nochmals 300.000-400.000 Stimmen.

Trotz weiterer sozialdemokratischer Stimmenverluste konnte sich die rotgrüne Regierung, nun mit Wolfgang Clement als Ministerpräsident, bei den Landtagswahlen 2000 behaupten. Gegenüber dem Höchststand 1985 hatte die SPD zur Jahrtausendwende 1,8 Millionen von 4,9 Millionen Stimmen verloren. Auch die Grünen verloren etwa ein Drittel ihrer Wähler- schaft.

Gleichwohl herrscht keine Wechselstimmung im Land, sondern eher politische Abstinenz. Die Wahlbeteiligung sank auf den bisher niedrigsten Stand bei Landtagswahlen in NRW, auf 56,7%.

Der Regierungswechsel zu Rüttgers 2005 verdankte sich weniger den nochmaligen, relativ geringen Stimmenverlusten der SPD, sondern die Fähigkeit der CDU, etwa 1 Million Wähler/- innen hinzuzugewinnen – die Wahlbeteiligung war auf 63% gestiegen. Die schwarz-gelbe Landesregierung entstand auf dem Feld des Überdrusses an sozialdemokratischer Regie- rungstätigkeit. Wahlenthaltung war in Abwahl umgeschlagen.

Dennoch werden Wahlergebnisse über 40% für CDU oder SPD die Ausnahme bleiben, wie der Urnengang vom 09. Mai 2010 zeigte. Vielmehr entsteht eine gewisse Egalisierung zwi- schen den großen und den kleinen Parteien, bei weiterhin erheblichem Abstand zwischen SPD und CDU einerseits und den zwei bis drei Parteien, bestehend aus FDP, Grünen und LINKEN andererseits.

Der bundesweite Aufschwung der LINKEN ging auch in NRW zu Lasten der SPD und führte bereits vor der Landtagswahl 2010 zur Herausbildung eines halben Fünf-Parteiensystems. Selbst wenn bis zur Landtagswahl nicht klar war, ob die LINKE in den Landtag einziehen würde oder nicht, übersprang das Bündnis aus PDS und WASG bei den zwei vergangenen Bundestagswahlen in NRW mit 5,2% (2005) und 8,4% (2009) klar die 5%-Grenze. Bei den Europawahlen 2009 verfehlte sie die 5%-Marke nur um 0,4%.

Dass neben den beiden Lager-Alternativen schwarz-gelb und rot-grün auch ein rot-rot- grünes Bündnis steter Gegenstand der politischen Debatte im Wahlkampf war, zeigt die Selbstverständlichkeit mit der die LINKE auch zwischen Rhein und Ruhr als Teil des dortigen Parteiensystems betrachtet wurde.

b. Abnehmende parlamentarisch-politische Repräsentation

In Nordrhein-Westfalen ist in der langfristigen Wahlbetrachtung ein erdrutschartiger Verlust an politisch-parlamentarischer Repräsentation zu verzeichnen. Er zeigt sich insbesondere an der nachlassenden Verankerung der jeweiligen Regierungskonstellation in der Bevölkerung, bei allen Wahlberechtigten.

Die sozialliberale Ära repräsentierte teilweise über 44% der Wahlbevölkerung, auch die Ära der sozialdemokratischen Alleinregierung wurde von fast 40% der Wahlberechtigten getra- gen – die letzte SPD-geführte Landesregierung nur noch von gut einem Viertel der Wahlbe-

⁹ Rainer Burger 2010, Arbeit am Mythos der Anderen, in: <http://www.faz.net>.

rechtigten. Die Regierung Rüttgers kann sich ebenfalls auf nicht einmal ein Drittel der Wahlberechtigten stützen – ein Wert wie ihn auch die zweite Regierung Arnold 1950 erreichte.

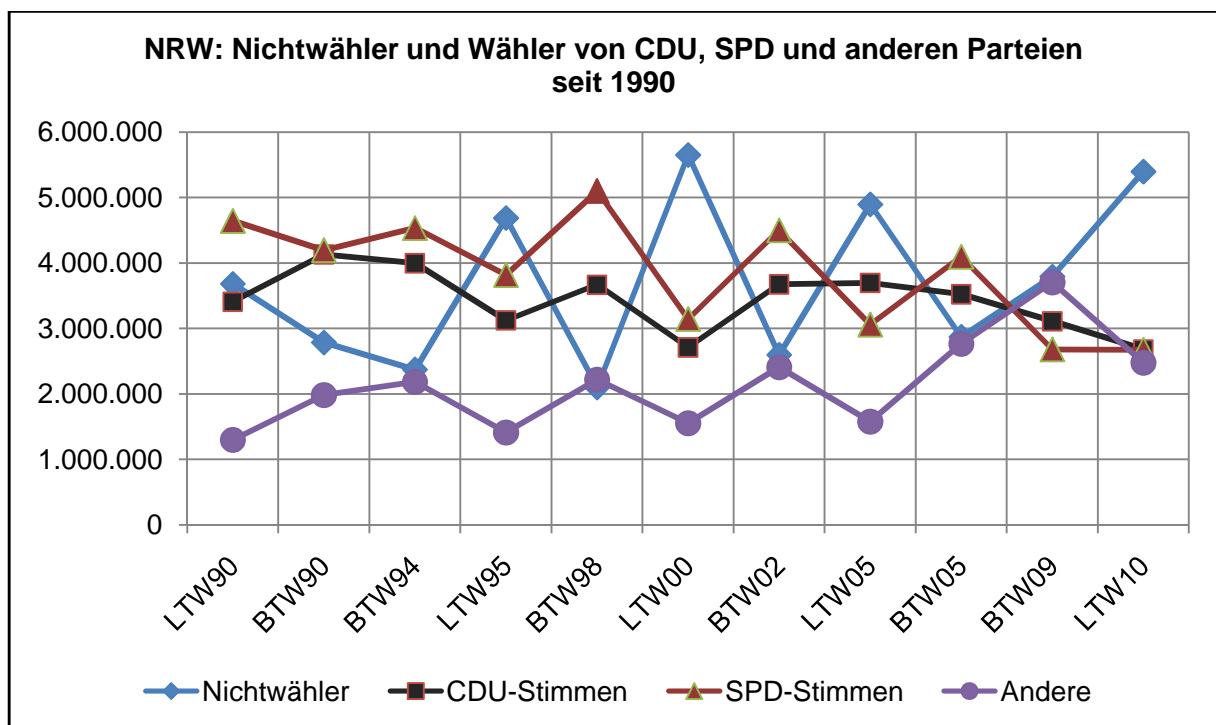
Seit den Bundestagswahlen 1998 zeichnet sich insbesondere die Wählerschaft der SPD durch unterschiedliches Wahlverhalten bei Landtags- und Bundestagswahlen aus. Bei der Bundestagswahl 1998 mobilisierte die SPD erstmals seit 1980 wieder über fünf Millionen Stimmen. Das wären gut 500.000 Stimmen mehr als bei der Bundestagswahl 1994 und über 1,2 Millionen mehr als bei der Landtagswahl 1995.

Bereits bei der Landtagswahl 2000 erhielt die SPD nur noch 3,1 Millionen Stimmen, bei der Bundestagswahl 2002 dann wieder 4,5 Millionen.

Die CDU konnte dagegen in diesem Zeitraum bei Bundestags- und Landtagswahlen annähernd gleichmäßig mobilisieren. Die Ausnahme bildet die Landtagswahl 2000, die der CDU fast eine halbe Million Stimmen kostete. Andernfalls hätte sie schon bei dieser Wahl die SPD überflügeln können. Dies gelang dann bei der Landtagswahl 2005.

Bemerkenswert hieran ist, dass die SPD nur noch relativ wenig Stimmen verlor (minus 85.000 gegenüber LTW 2000), die CDU aber wieder im Umfang vorheriger Bundestags- und Landtagswahlen mobilisieren konnte. Bei der anschließenden vorgezogenen Bundestagswahl 2005 lag die SPD wieder deutlich vor der CDU.

Bei der Bundestagswahl 2009 verloren CDU und SPD Stimmen, die SPD jedoch weit dramatischer. Erstmals erreichte die SPD bei einer Bundestagswahl weniger Wählerinnen und Wähler als bei den Landtagswahlen.



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Über eine Dekade hinweg wandten sich gut 2 Millionen Wählerinnen und Wähler von der SPD ab. Zunächst blieben sie den Landtagswahlen fern, um bei den Bundestagswahlen nochmals für die SPD zu votieren.

Bereits bei der Bundestagswahl 2005 wandten sie sich verstärkt auch anderen Parteien zu (vor allem Grüne, LINKE). Bei der Bundestagswahl 2009 lagen erstmals bei Landtags- und Bundestagswahlen in NRW die Stimmen für andere Parteien über denen für SPD oder CDU.

Auch die Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler lag deutlich über den Stimmen für CDU oder SPD. Beide große Parteien repräsentierten nur noch 43,6% der Wahlberechtigten. So-

gar bei der Landtagswahl 2000, der Wahl mit der bisher schlechtesten Wahlbeteiligung, vereinigten beide Parteien noch 44,8% der Wahlberechtigten auf sich.

c. Änderungen im Wahlrecht zur LTW 2010

Dass das Parteiensystem in NRW trotz der parteipolitischen und sozio-strukturellen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte noch als vergleichsweise gering fragmentiert zu bewerten ist, liegt insbesondere am Landeswahlrecht. Es setzt hohe Hürden für die kleinen Parteien. Denn eine Partei, welche an der Verteilung der seit 2005 mindestens 181 Landtagsmandate teilnehmen wollte, musste nicht nur die 5%-Sperrklausel überwinden, sondern zuvor in den meisten der 128 (vorher 151 bzw. 150) Wahlkreisen Wahlvorschläge einreichen, für die jeweils 100 Stimmberechtigte als Unterstützer/-innen gewonnen werden mussten. Dass parallel dazu geltende Einstimmenwahlrecht bot den Wähler/-innen zudem keine Option des Stimmensplittings.¹⁰

Mit der Landtagswahl 2010 wurde nun erstmals das Zweistimmenwahlrecht eingeführt. Mit der Erststimme kann seitdem ein/e Wahlkreiskandidat/-in, mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei gewählt werden.

Traditionell hoch ist in NRW die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate. Diese ergeben sich wie folgt: *„Wegen des großen Wahlkreismandatsanteils (128 von 181 Sitzen) gewinnt die Mehrheitsfraktion sehr häufig mehr Wahlkreise als ihr auf Grundlage der eigentlich vorgesehenen Gesamtmandatszahl zustehen. Dies führt dazu, dass*

- 1. sich die Größe des Landtags aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten deutlich vergrößert,*
- 2. es bei der stimmenstärksten Partei keine sicheren Listenplätze gibt. Bei den vierzehn bisherigen Wahlen einschließlich der Landtagswahl 2005 zog die Liste der stärksten Partei bisher nur sieben Mal.“¹¹*

3. Der Landtagswahlkampf 2010

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen war erkennbar das herausragende innenpolitische Ereignis des Jahres. Eine ausgesprochen schlechte Performance der Regierung Merkel/Westerwelle sowie die mit 37 Stimmen äußerst knappe Mehrheit im Bundesrat führten dazu, dass die Bundespolitik wie ein Schatten über landespolitischen Themen lag.

Tatsächlich inhaltlich debattiert und politische Unterschiede erkennbar wurden ausschließlich in der Bildungspolitik. Dort sprachen sich die rot-rot-grünen Parteien für die Einführung der Gemeinschaftsschule sowie längeres gemeinsames Lernen aus. Die schwarz-gelbe Koalition, insbesondere aber die CDU hingegen hielt am dreigliedrigen Schulsystem und der Hauptschule als aus ihrer Sicht unverzichtbarem Schulzweig fest. Sollte es nach der Wahl zu einem lagerübergreifenden Regierungsbündnis kommen, dürfte neben der Energiepolitik insbesondere die Zukunft der Bildungslandschaft entscheidender Knackpunkt sein. Unter anderem Ministerpräsident Rüttgers erklärte mit Verweis auf den Schulstreit in Hamburg, bei dem die Einführung von längerem gemeinsamen Lernen nach heftigen Konflikten nunmehr Gegenstand eines Volksentscheides sein wird, ein Regierungsbündnis mit den Grünen für nicht wünschenswert.

Stärker als inhaltliche Themen dominierten den Wahlkampf jedoch die möglichen Regierungskonstellationen. Denn NRW gilt als politisches Laboratorium: Sozial-Liberal (1966) und Rot-Grün (1995) wurden zunächst in Düsseldorf ausprobiert, bevor diese Koalitionen später auch im Bund an die Macht kamen. Und die rot-grüne Bundesregierung wurde 2005 in NRW beendet.

Einer möglichen schwarz-grünen Koalition am Rhein wurde deshalb im Wahlkampf durch die Medien eine erhebliche Signalwirkung zugesprochen und ein Ende von schwarz-gelb in

¹⁰ Krankenpohl, S. 319.

¹¹ <http://www.wahlrecht.de/landtage/nordrhein-westfalen.htm>.

Düsseldorf als Sargnagel für das Union-FDP-Bündnis in Berlin bewertet. Fällt in Düsseldorf die bürgerlich-liberale Koalition, so die allgemeine Wahrnehmung, hätten Union und FDP im Bundesrat keine Mehrheit mehr. Die Bundesregierung müsste die SPD wieder berücksichtigen – egal wie stark diese bei der Wahl abschneiden würde.

a. Die Parteien im Landtagswahlkampf

Nachdem die **CDU** 2005 von der übermächtigen Wechselstimmung im Lande profitierte, war sie 2010 bestrebt, Jürgen Rüttgers mit einem Amtsbonus auszustatten und als modernen sowie insbesondere sozialen Ministerpräsidenten zu präsentieren. Hatten Umfragen bis vor wenigen Monaten darauf hingedeutet, dass Rüttgers mit einer sicheren Bestätigung rechnen könnte, musste sein Düsseldorfer Bündnis seit der Bildung der schwarz-gelben Bundesregierung erhebliche Einbußen hinnehmen. Rüttgers versuchte, sich deshalb im Wahlkampf als Garant für stabile Verhältnisse im Land sowie als soziales Gewissen im Bund zu präsentieren. Aufsehen erregte er mit der Aussage, dass wer der Bundesregierung einen „Denkzettel“ verpassen wolle, Rüttgers wählen solle. Nach eigener Aussage wollte er damit daran erinnern, dass er *„in den letzten fünf Jahren vieles in Berlin durchgesetzt habe, (...) etwa (...) Veränderungen im Bereich von Hartz IV.“*¹²

Insbesondere das Image als „Arbeiterführer“ wurde im Wahlkampf mit dem Ziel betont, sozialdemokratische Wähler/-innen bei der CDU zu halten. Zur Überraschung und Verärgerung seines Bündnispartners FDP wandte sich Rüttgers zu diesem Zweck Mitte April vom bisherigen Koalitionsmotto „Privat vor Staat“ als zu einseitig ab. Seine Begründung: *„Vor fünf Jahren, als die beinahe vier Jahrzehnte währende Vorherrschaft der SPD in Nordrhein-Westfalen endete, sei sie die Antwort auf ein schwerfälliges sozialdemokratisches Denken gewesen, das alles Heil in einem aufgeblähten öffentlichen Sektor suchte. Schwarz-Gelb habe damit das Land vorangebracht, Arbeitslosigkeit abgebaut, Behörden abgeschafft oder abgespeckt. Aber nun zwingt die Finanz- und Wirtschaftskrise alle zu einem anderen Blick auf den Staat. Ein rasch handelnder, flexibler Staat habe sich in der Krise als rettender Anker erwiesen. ‚Wer hat Banken und Finanzsystem gerettet? Wer hat auch mit dem Deutschlandfonds viele Unternehmen stabilisiert?‘, fragte Rüttgers rhetorisch. Shareholder-Value-Ideologie und Marktradikalismus seien gescheitert.“*¹³

Gleichzeitig wäre es zu einfach, den Stimmungsumschwung zulasten der Union resp. schwarz-gelb in NRW allein dem Bundestrend zuzuschreiben. Vielmehr sind die sinkenden Zustimmungsraten in den Landesumfragen auch durch den Ministerpräsidenten selbst verschuldet gewesen. Geschadet hatte ihm vor allem die Sponsoren-Affäre im Februar sowie immer wiederkehrende Berichte über finanzielle Unregelmäßigkeiten in der Staatskanzlei, die bis auf den Wahlkampf 2005 zurückreichten und Flecken auf das Image von Rüttgers warfen. Darüber hinaus gelang es ihm zu keinem Zeitpunkt, die Persönlichkeitswerte eines Johannes Rau zu erhalten – der immer noch den Maßstab für einen Düsseldorfer Regierungschef bildet.

Die **FDP** wiederum litt heftig unter den starken Anlaufschwierigkeiten der Bundes-FDP und wachte eifersüchtig über die Koalitionsaussagen der CDU sowie des Ministerpräsidenten. Sie selbst hatte sich uneingeschränkt zu einem schwarz-gelben Bündnis verpflichtet und versuchte mit ihren landespolitischen Erfolgen zu glänzen.

Insbesondere zum Ende des Wahlkampfes konzentrierte sie ihre Aktivitäten darauf, das neue Wahlrecht zu nutzen und Unionswähler/-innen zur Abgabe der Zweitstimme für die FDP zu bewegen. Sie versuchte damit die Ernte einer Wahlrechtsänderung einzufahren, die auf ihren Druck hin verabschiedet worden war.

¹² „Das war ein großer Fehler“, Interview mit Jürgen Rüttgers im Spiegel 18/2010, S. 24.

¹³ Reiner Burger, Brigitte Koch und Werner Sturbeck, Hier steht man für das Soziale, in: <http://www.faz.net>.

Die **SPD** profitierte sowohl von der bundespolitischen Stimmung gegen schwarz-gelb, hausgemachten Fehlern in der Staatskanzlei und ihrer Spitzenkandidatin Hannelore Kraft. Diese warb deshalb vor allem mit dem bundespolitisch Argument für sich, unter ihrer Führung werde Nordrhein-Westfalen zu einem „Bollwerk“ gegen Vorhaben der bürgerlichen Bundesregierung wie Steuerentlastungen oder die von der FDP geplante Gesundheitspauschale. Der SPD-Wahlkampf gewann an Fahrt, je stärker die Rüttgers-Werte sanken und als eine rot-grüne Regierung erstmals als realistische Option bewertet wurde.

Zum Ende des Wahlkampfes lagen Rüttgers und Kraft sowie Union und SPD fast gleichauf. Die Option einer Regierungsübernahme oder –beteiligung der SPD wurde vielfach als Renaissance der SPD gewertet, die bei der Bundestagswahl 2009 nicht zuletzt in NRW eine dramatische Niederlage vergegenwärtigen musste. Die NRW-Wahl wurde als die erste Bewährungsprobe für die seit einem halben Jahr regierende Doppelspitze aus dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel und Bundestagsfraktionschef Frank-Walter Steinmeier gewertet.

Auch die **Grünen** entschieden sich, den Landtagswahlgang aufgrund seiner bundespolitischen Bedeutung mit über NRW hinausreichenden Themen aufzufüllen. So stilisierten sie die Landtagswahl als Volksentscheid für oder gegen die Kernenergie. Orientiert auf ein Bündnis mit der SPD als präferiertem Koalitionspartner, ließen sie jedoch zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel daran, dass sie im Fall der Fälle auch ein schwarz-grünes Bündnis als Zweitoption vorsehen würden.

Einem solchen Bündnis stünden insbesondere in der Energiepolitik manche Hindernisse gegenüber, denn die Grünen wollen nicht nur am Atomausstieg festhalten, sondern auch den Neubau von Kohlekraftwerken vermeiden.

Die Energiepolitik insgesamt war neben der Bildungspolitik und – mit deutlich weniger Bedeutung - der Kopfpauschale im Gesundheitswesen sowie dem Mindestlohn das zweite wichtige Wahlkampfthema. Im Industrieland NRW ist Energiepolitik ein zentrales, nicht nur wirtschafts-, sondern auch gesellschaftspolitisches Unterschiedsthema der Parteien, an dem sich Koalitionen entscheiden dürften.

Ebenso wie die CDU sah auch die SPD im Wahlkampf den Ersatz veralteter Kohlekraftwerke, verbunden mit der unterirdischen Speicherung von CO₂ (CCS-Technologie) für einen Übergangszeitraum als unverzichtbar an. Grüne und LINKE hingegen bestritten diese Notwendigkeit und plädierten für einen beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien.

Die FDP hielt im Wahlkampf, wie in der abgelaufenen Wahlperiode, daran fest, die Subventionen für den heimischen Steinkohlenbergbau vorzeitig einstellen. Ein Weg, dem die CDU – mit Verweis auf den kleineren Koalitionspartner – gefolgt war. Die SPD hingegen will das Ende der Zechen mit einem Sockelbergbau heraus zögern, während die Grünen vor die Wahl gestellt, einem planmäßigen Abbau der Förderung den Vorzug geben dürfte.

Die **LINKE** war in ihrem Wahlkampf auf den erstmaligen Einzug in den Landtag orientiert. Die Ergebnisse der vergangenen zwei Bundestagswahlen und die Umfragewerte stützten dieses Ziel und zeigten noch einmal, welche enorme Veränderung seit 2005 vonstattengegangen ist. Noch 2005 formulierte der damalige PDS-Bundeswahlkampfleiter Bodo Ramelow im Neuen Deutschland zum Wahlantritt der PDS bei der Landtagswahl: „*In Zahlen gemessen hoffe ich, dass wir deutlich über ein Prozent kommen.*“ Allerdings war nicht davon auszugehen, dass der Einzug in den Düsseldorfer Landtag trotz der 8,4% im Land bei der Bundestagswahl 2009 kein Selbstläufer sein würde. Denn im Juni und August 2009 war DIE LINKE bei den Europa- und Kommunalwahlen deutlich unter 5% geblieben. Die niedrige Wahlbeteiligung ging zu ihren Lasten (und zu Lasten der SPD). Deshalb würde es darauf ankommen, die potentiellen Wählerinnen und Wähler der LINKEN davon zu überzeugen, dass auch eine Landtagswahl von so großer politischer Bedeutung sei, dass sich der Weg ins Wahllokal lohne.

Mit einem auf Opposition zum „neoliberalen Einheitsbrei“ der anderen Parteien ausgerichteten Wahlprogramm und mit anhaltenden Angriffen auf die Ergebnisse der früheren rot-grünen Bundesregierung (Hartz IV) sowie die Rolle der SPD beim Afghanistan-Krieg machte die LINKE deutlich, dass eine Beteiligung in einem rot-rot-grünen Bündnis für sie nur auf einer politischen Kehrtwende von SPD und Grünen basieren könne.

Die Landtagswahl sei eine gute Gelegenheit, der schwarz-gelben Bundesregierung nicht nur einen Denktzettel zu verpassen, sondern ihr das „Durchregieren“ via Bundesrat zu verbauen.

Eine Abwahl Rüttgers' würde an der LINKEN nicht scheitern, wenn denn SPD und Grüne tatsächlich einen Politikwechsel herbeiführen wollten. Gleichzeitig böte ein Einzug der LINKEN und eine Beteiligung der LINKEN an der Regierung die Gewähr, dass Rot-Grün nicht zu der neoliberalen Politik der Agenda 2010 zurückkehren würde.

b. Koalitionssignale vor der Wahl

Bei einer Betrachtung der Wahlstrategien und Wahlaussagen der Parteien lohnt es sich, angesichts der Vielfältigkeit im Mehrparteiensystem, die Koalitionssignale vor der Wahl zu betrachten.

Gerade in einem System multipler Koalitionsmöglichkeiten entscheiden nicht die Wähler/-innen, sondern die Parteiführungen über die Allianzen nach der Wahl. Koalitionssignale vor der Wahl könnten deshalb die tatsächlich ins Auge gefassten Koalitionsoptionen gegenüber den theoretisch möglichen Alternativen verdeutlichen.¹⁴

Die Betrachtung von Koalitionssignalen ist darüber hinaus mit Blick auf das Stimmensplitting, das in NRW erstmals möglich war, und Wählerwanderungsanalysen von Interesse. Denn sie geben Aufschluss über Rückwirkungen von gegebenen oder eben nicht gegebenen Koalitionssignalen, also darüber, ob die Parteianhänger/-innen die Signale honorieren.

Um die Komplexität der Koalitionssignale zu strukturieren, sind drei Analyse Kriterien relevant:

- Zuerst ist die Stärke des Koalitionssignals abzuschätzen. Die möglichen Ausprägungen reichen von eindeutigen Festlegungen qua Beschluss über implizite Signale von Präferenzen bis hin zu neutralen oder unverbindlichen Aussagen. Zu letzteren ist z.B. die Aussage, dass „alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig sein müssen“ zu zählen.
- Anschließend ist zwischen positiven und negativen Koalitionssignalen zu unterscheiden. Partei A sendet ein Signal an Partei B, mit dieser koalieren zu wollen, während mit Partei C eine Koalition hingegen konsequent ausgeschlossen wird.
- Im dritten Schritt ist die Symmetrie der Koalitionssignale zu betrachten. Denn während beispielsweise Partei A der Partei B eindeutige Avancen machen kann, kann die Partei B diese Signale zurückweisen und stattdessen ein Bündnis mit Partei C und/oder Partei D anstreben.

Auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen angewendet, entsteht folgende Matrix der Koalitionssignale:

Wie bereits dargestellt, sind zwischen SPD und Grünen sowie CDU und FDP die Koalitionssignale besonders ausgeprägt (+2).

Eine Koalition mit der CDU wurde durch die SPD jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen (0), auch die Grünen halten sich diese Option offen. In den Tagen vor der Wahl verschärfte sich zwar der Ton zwischen CDU und Grünen und wurden Koalitionen explizit ausgeschlossen, doch waren diese Aussagen eher wahltaktischen als grundsätzlichen Erwägungen geschuldet, weshalb von einer Minus-Bewertung abgesehen wird.

Die LINKE hat eine Koalition mit Grünen und SPD nicht ausgeschlossen und entsprechende Signale gesendet – auch wenn diese als nicht realistisch zu bewerten waren. Die rot-grünen

¹⁴ Vgl. Frank Decker 2009, Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: ZParl Heft 2, S. 434.

Parteien ihrerseits verzichteten auf Aussagen zugunsten einer Koalition mit der LINKEN, schlossen diese jedoch nicht grundsätzlich, sondern nur mit Hinweis auf den mangelnden Realisierungsgrad aus.

Tabelle: Koalitionsmatrix für die Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE
CDU		0	+2	0	-2
SPD	0		-2	+2	0
FDP	+2	-1		-2	-2
Grüne	0	+2	-2		0
LINKE	-2	+1	-2	+1	

Anmerkung: Die Zeilenpartei macht eine Aussage zur Spaltenpartei. 0 steht für kein erkennbares, 1 für ein implizites und 2 für ein ausdrückliches Koalitionssignal. Das Vorzeichen macht deutlich, ob es sich um ein positives oder negatives Koalitionssignal handelt.

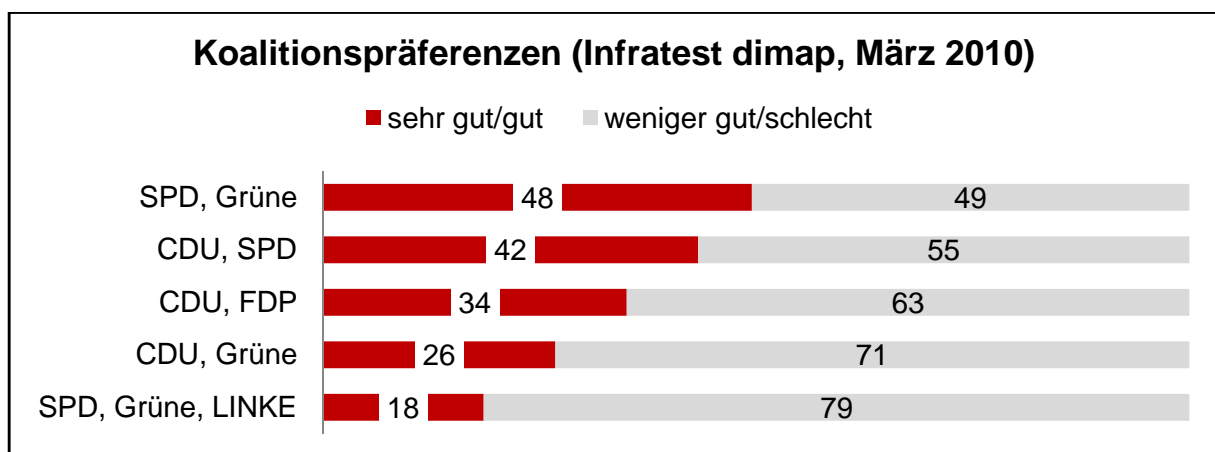
Darstellung: Eigene Zusammenstellung auf Basis von Decker 2009, a.a.O., S. 447.

c. Koalitionspräferenzen der Wahlberechtigten

Noch im Januar 2010 hielt Infratest dimap ein rot-grünes Regierungsbündnis für so unwahrscheinlich, dass in der Frage nach Koalitionspräferenzen ein solches Zweierbündnis gar nicht auftauchte. Vielmehr wurden Zweierbündnisse nur der CDU, gemeinsam mit SPD, FDP oder Grünen zugetraut.

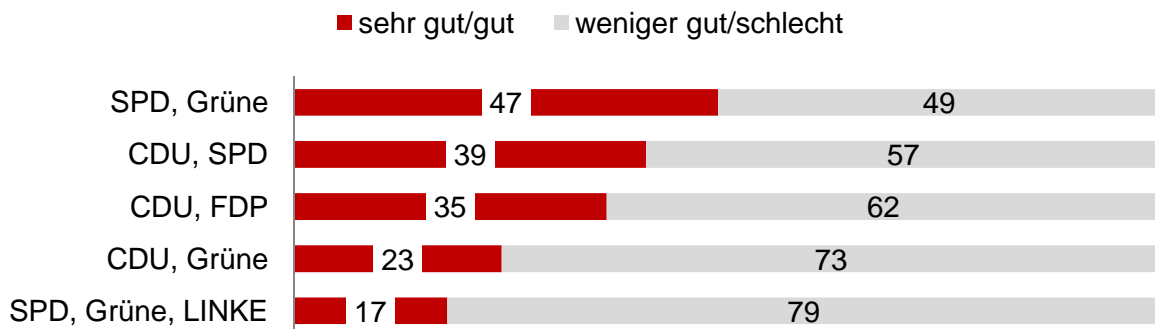
Zum damaligen Zeitpunkt lag ein Bündnis aus CDU und SPD mit der Option einer Fortsetzung des schwarz-gelben Regierungsbündnisses mit 38% Zustimmung gleichauf. Erst mit deutlichem Abstand folgten schwarz-grüne (23%) bzw. Jamaika- (22%), rot-rot-grüne (21) bzw. Ampel-Bündnisoptionen (20%).

Nur zwei Monate später hatte sich die politische Stimmung im Land deutlich verändert: Ein Bündnis von SPD und Grünen führte bei den Zustimmungswerten, während eine Große Koalition auf Platz zwei folgte. An dieser Rangfolge änderte sich auch bis zur Wahl selbst nicht mehr viel, auch wenn es in den Zustimmungswerten leichte Veränderungen gab.



Quelle: Infratest dimap – Nordrhein-WestfalenTREND März 2010.

Koalitionspräferenzen (Infratest dimap, April II 2010)

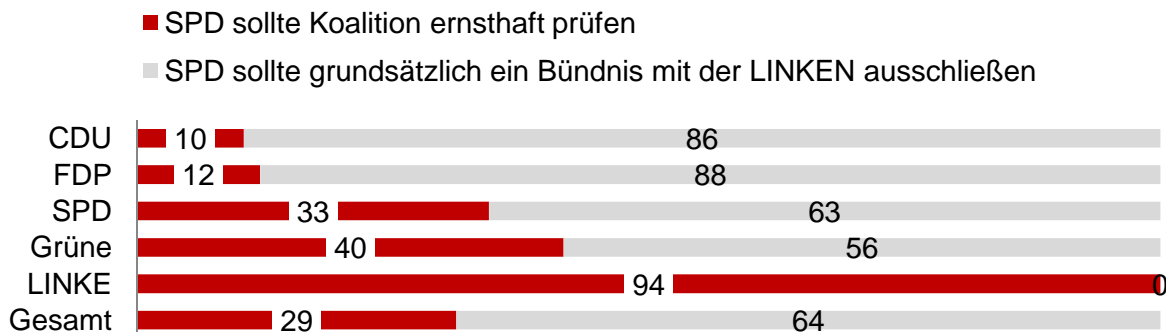


Quelle: Infratest dimap – Nordrhein-WestfalenTREND April 2010 II.

Zu gleichen Ergebnissen kam auch die Forschungsgruppe Wahlen, die April 2010 Zustimmungswerte von 45% für Rot-Grün, 38% für Schwarz-Rot ermittelte. Schwarz-Gelb (29%), Schwarz-Grün (24%) und Rot-Rot-Grün (15%) folgten mit deutlichem Abstand.¹⁵

Seit Anfang des Jahres 2010 wurde ein Einzug der LINKEN in den Landtag aufgrund stabiler Werte oberhalb von 5% immer wahrscheinlicher. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Popularität der SPD-Spitzenkandidatin wurde deshalb auch die Frage virulent, wie sich die SPD im Falle einer Regierungsoption unter Einschluss der LINKEN verhalten sollte.

Koalition zwischen SPD und LINKEN?



Quelle: Infratest dimap – Nordrhein-WestfalenTREND März 2010.

Immerhin mehr als ein Viertel der von Infratest dimap befragten Wahlberechtigten vertraten die Auffassung, dass eine Koalition ernsthaft geprüft werden solle, während zwei Drittel der SPD empfahlen, ein Bündnis grundsätzlich auszuschließen. Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung, auch bei Frau Kraft, dass die LINKEN nicht regierungswillig sei, sprachen sich 94% der LINKEN-Anhänger/-innen unter den Wahlberechtigten dafür aus, dass die SPD eine Regierungsbeteiligung der LINKEN ernsthaft prüfen solle. Dieses Ergebnis ist aber auch ein kräftiger Denkmittel in Richtung derjenigen, die innerhalb der LINKEN die Auffassung vertreten, im Gegensatz zu den ostdeutschen Ländern sei die Bereitschaft, sich in einer Regierung an gesellschaftlicher Gestaltung zu beteiligen, weniger ausgeprägt.

¹⁵ Forschungsgruppe Wahlen 2010, Politibarometer Extra 4/2010, S. 2.

4. Die Ergebnisse der Vorwahlbefragungen

Nachstehend werden Ergebnisse der Vorwahlbefragungen dargestellt. Dabei wird auf Daten von Infratest-dimap im jeweiligen NRW-TREND zurückgegriffen.

a. Die Kompetenzen der Parteien

Für die Wahlentscheidung ist die Kompetenz, die einer Partei bei der Lösung wichtiger Probleme zugeschrieben werden, von zentraler Bedeutung. Infratest dimap hat in den Vorwahlbefragungen die Parteikompetenzen abgefragt.

Die **CDU** erreichte bis in den April hinein in der Mehrheit der Parteikompetenzen den ersten Platz. Sie führte nicht nur in der wichtigen Zukunftsfrage, sondern auch bei den Themenfeldern Wirtschaftskompetenz, Haushalts- und Finanzkompetenz sowie bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Selbst bei der Fähigkeit, die Finanznot der Kommunen zu lösen, wurde der größeren Regierungspartei mehr Kompetenz als der herausfordernden SPD zugesprochen.

Die **SPD** erreicht ihre besten Werte als Partei der sozialen Gerechtigkeit sowie in der Schul- und Bildungspolitik und bei der Steuerpolitik. In den anderen Kompetenzfeldern liegt sie mit zum Teil deutlichem Abstand auf Platz 2, in der Energiepolitik sogar auf Platz 3 hinter den Grünen.

Die **FDP** erhält die höchsten Kompetenzwerte in der Steuerpolitik und der Wirtschaftspolitik. Dort erreicht sie Werte, die über dem letztlich erreichten Wahlergebnis liegen.

Tabelle: Parteikompetenzen in Nordrhein-Westfalen im April 2010

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	Keine Partei / weiß nicht
Die Wirtschaft voranbringen	41	25	7	3	2	21
Gute Haushalts-/Finanzpolitik betreiben	39	26	6	3	2	23
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	33	28	6	4	2	26
Gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	29	35	6	10	2	17
Gute Steuerpolitik betreiben	29	30	11	3	2	24
Die Finanznot der Kommunen lösen	28	20	6	3	2	41
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	23	44	4	7	5	17
Eine gute Energiepolitik betreiben	22	15	4	42	0	16
Wichtigste Probleme des Landes lösen	34	30	4	5	2	24

Quelle: Infratest dimap – Nordrhein-WestfalenTREND April 2010.

Die **Grünen** erreichen in der Energiepolitik einen überdurchschnittlichen Kompetenzwert. Ansonsten werden ihnen in der Schul- und Bildungskompetenz Sachkenntnis zugesprochen.

Der **LINKE** wird allein in der Frage der sozialen Gerechtigkeit Kompetenzwerte zugetraut, die mit 5% jedoch unter dem Wert von der Befragung im Januar 2010 lagen, bei der sie in dieser Frage 7% erhielten. In der Energiepolitik wurde der LINKEN vor der Wahl keinerlei Kompetenz zugetraut.

b. Die Spitzenkandidaten von CDU und SPD im Profilvergleich

Neben den Parteikompetenzen sind aufgrund der herausgehobenen Rolle, die die Ministerpräsidenten kandidat/-innen einnehmen, auch die ihnen zugesprochenen Kompetenzen für die Wahlentscheidung von Relevanz. Infratest dimap hat in den Vorwahlbefragungen die Wertungen zu den Spitzenkandidaten Hannelore Kraft (SPD) und Jürgen Rüttgers (CDU) abgefragt. Die nachstehende Tabelle fasst die Ergebnisse zusammen.

Tabelle: Jürgen Rüttgers und Hannelore Kraft im Profilvergleich

	Rüttgers	Kraft	Keinem von beiden
ist eine stärkere Führungspersönlichkeit	60	18	4
hat den größeren wirtschaftspolitischen Sachverstand	56	13	6
gibt in der Öffentlichkeit eine bessere Figur ab	47	35	5
setzt sich eher für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein	39	32	9
ist besser mit den Problemen der Bürger vertraut	37	36	9
ist sympathischer	36	42	8
ist glaubwürdiger	35	35	14
setzt sich stärker für soziale Gerechtigkeit ein	25	51	4

Quelle: Infratest dimap – Nordrhein-WestfalentREND April 2010.

Der amtierende Ministerpräsident Rüttgers konnte die Wahlberechtigten insbesondere bei den Amtsinhaber-Qualitäten überzeugen (Führungspersönlichkeit, Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Öffentlichkeit).

Doch in puncto Glaubwürdigkeit, Sympathie und dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit, also den eher weicheren Faktoren, die jedoch keineswegs weniger wahlentscheidend sind, schnitt die Herausforderin Kraft besser oder genauso gut ab wie der Ministerpräsident.

c. Fiktive Direktwahl

Auch wenn die Ministerpräsident/-innen und Kanzler/-innen in Deutschland nicht direkt gewählt werden, hat der Vergleich der Zustimmungswerte in einem direkten Personenvergleich doch eine erhebliche Aussagekraft über den Rückhalt des Amtsinhabers und den Rückenwind für den Herausforderer.

Die Werte in den Befragungen von Infratest dimap ließen bereits im Vorfeld der Wahl erkennen, dass der Spielraum für Jürgen Rüttgers immer enger wurde.

Tabelle: Direktwahl Ministerpräsident/-in

	Jürgen Rüttgers	Hannelore Kraft	Keine/n
NRW-TREND Januar 2010	51	38	8
NRW-TREND März 2010	44	43	8
NRW-Trend April 2010	47	43	7
NRW-Trend April II 2010	41	41	10

Quelle: Infratest dimap – Nordrhein-WestfalentREND

In dem Maße, wie die SPD bei den Umfragen an Zustimmung zulegte und eine SPD-geführte Landesregierung an Wahrscheinlichkeit zunahm veränderte sich auch die Zustimmung bei der fiktiven Direktwahl unter den Parteianhänger/-innen, wie die nachstehende Darstellung auf Basis der Infratest dimap NRW-TRENDS zeigt.

Tabelle: Direktwahl Ministerpräsident/-in nach Parteianhänger/-innen

	Jürgen Rüttgers				Hannelore Kraft			
	Jan	Mrz	Apr	Apr II	Jan	Mrz	Apr	Apr II
Gesamt	51	44	47	41	38	43	43	41
CDU-Anhänger/-innen	90	89	90	90	5	5	8	5
FDP-Anhänger/-innen	90	58	74	61	4	32	16	6
LINKE-Anhänger/-innen	19	20	20	26	56	67	51	55
SPD-Anhänger/-innen	17	11	16	9	79	81	79	88
Grüne-Anhänger/-innen	12	26	23	20	71	66	66	66

Quelle: Infratest dimap – Nordrhein-WestfalenTREND

d. Gründe für die Wahlentscheidung / Zufriedenheit mit der Landesregierung

Aufgrund der starken bundespolitischen Durchdringung des NRW-Wahlkampfes konnte angenommen werden, dass die Bundespolitik einen überragenden Einfluss auf die Wahlberechtigten haben würde. Die Forschungsgruppe Wahlen fragte deshalb, was für die Wahlberechtigten wichtiger sei, die Politik in NRW oder im Bund. Mit 54% war die Landespolitik für die Wahlentscheidung wichtiger als die Bundespolitik (41%).

Unterteilt man diese Ansichten nach Parteianhänger/-innen werden interessante Unterschiede deutlich. Für Grüne und SPD, die einen landespolitischen Wechsel anstrebten, nahm die Landespolitik mit 62% und 57% die höchste Bedeutung ein.

Für die Unionsanhänger/-innen war mit 51% die Landespolitik deutlich weniger relevant. Für die FDP-Anhänger/-innen nahm die Landespolitik mit 48% einen noch geringeren Einfluss ein – hier ist von der bundespolitischen Wirkung auf die FDP-Anhängerschaft auszugehen.

Dass nur 38% der LINKE-Anhänger/-innen die Landespolitik für wichtiger hielten, dürfte damit zusammenhängen, dass ein relevanter Teil der Anhänger/-innen die Landespolitik für weniger wichtig hält und die Landtagswahl deshalb als Denkzettelwahl für Berlin zu nutzen gedachte.

Infratest-dimap wiederum fragte die Wahlberechtigten nach ihren Gründen zur Wahl zu gehen. Aus dem vorgegebenen Antwortschema ergeben sich folgende Ergebnisse.

Tabelle: Wahlentscheidende Gründe

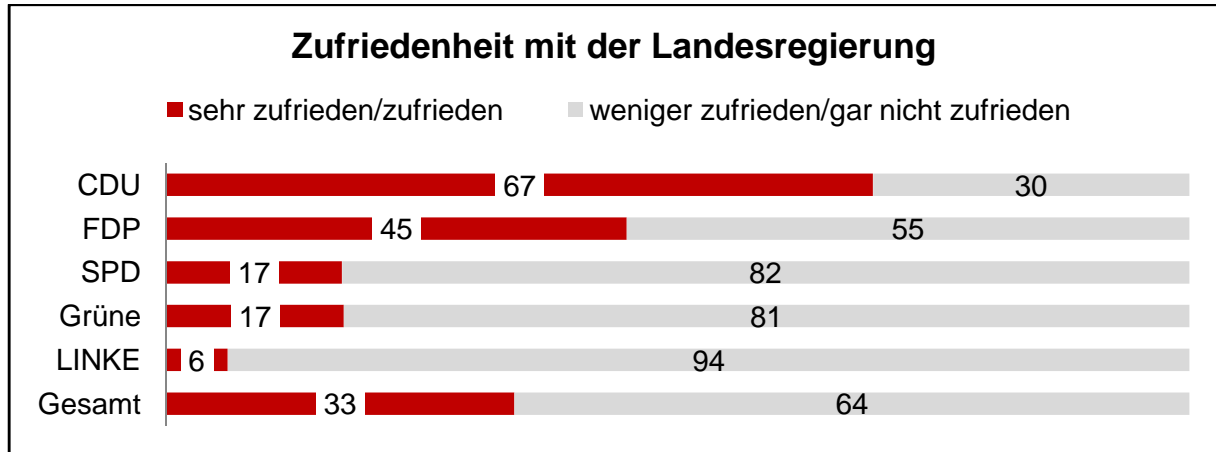
	Sehr wichtig	Wichtig	Gar nicht wichtig
Dafür sorgen, dass es in NRW ein gutes und funktionierendes Schulsystem gibt	71	26	2
Dafür sorgen dass NRW in der Wirtschaftskrise von der richtigen Person geführt wird	56	41	3
Rot-Rot-Grün verhindern	30	28	38
Schwarz-Gelb verhindern	20	32	45
Einen Denkzettel für die Politik der Parteien in Berlin geben	18	37	42
Griechenland-Krise	12	40	47

Quelle: Infratest dimap – Nordrhein-WestfalenTREND März 2010

Als wichtigste Probleme benannten die von der Forschungsgruppe Wahlen befragten Wahlberechtigten die Schaffung von Arbeitsplätzen als wichtigstes Thema (42%), direkt gefolgt von der Bildungspolitik (41%). Mit erheblichem Abstand folgen die Finanzlage der Kommunen (17%), die Familienpolitik (10%) sowie die Verkehrspolitik (8%).¹⁶

¹⁶ http://www.zdf.de/_flash/nrw.shtml.

Gefragt nach der Zufriedenheit mit der Landesregierung äußerten zwei Drittel der befragten Wahlberechtigten (64%), dass sie weniger zufrieden bis gar nicht zufrieden seien, während ein Drittel sehr zufrieden oder zufrieden war (33%).



Quelle: Infratest dimap – Nordrhein-WestfalenTREND März 2010

5. Das Wahlergebnis im Überblick

Der Düsseldorfer Landtag ist zu einem Fünf-Parteien-Parlament geworden. Über die Zusammensetzung haben 59,3 % der Wahlberechtigten entschieden, weniger als bei der vorausgegangenen Landtagswahl, die zum Wechsel von Rotgrün zu Schwarzgelb führte, aber mehr als bei der Landtagswahl 2000.

Tabelle: Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010

	Stimmenanteile		Veränderung	Landtagsmandate		Veränderung
	LTW 2005	LTW 2010		LTW 2005	LTW 2010	
CDU	44,8%	34,6%	-10,2%	89	67	-22
SPD	37,1%	34,5%	-2,6%	74	67	-7
Grüne	6,2%	12,1%	+5,9%	12	23	+11
FDP	6,2%	6,7%	+0,5%	12	13	+1
LINKE	3,1%	5,6%	+2,5%	-	11	+11
Sonstige	2,6%	6,5%	+3,9%	-	-	-

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage des vorläufigen Endergebnisses

Auch wenn die prozentualen Zahlen etwas anderes zu sagen scheinen, so ist das Ergebnis nicht einer besonderen Mobilisierung der Oppositionsparteien und einer sich darin ausdrückenden Wechselstimmung zu verdanken, sondern vor allem der Demobilisierung der CDU-Wählerschaft.¹⁷

¹⁷ Jörg Schönenborn: „Bei genauer Betrachtung hat die SPD nur vergleichsweise gewonnen, weil sie weniger verloren hat. Während die CDU rund 300.000 Stimmen an die Nichtwähler abgeben musste, sind es bei der SPD nur etwa die Hälfte. Wieder mal ist eine Wahl dadurch entschieden worden, dass bei einer Partei-Anhängerschaft die Wahlenthaltung größer war als bei der anderen. Überhaupt fällt auf, dass es für die Wähler durch alle Parteien und Wahlebenen hinweg nur demotivierende Faktoren gab. Weit und breit kein Thema, das die Leute positiv an eine Partei gebunden hat. Es war eine Wahl, bei der manche gegen rot-rot-grün, andere gegen schwarz-gelb gestimmt haben. Eine Wahl, bei der manche einen Denktzettel nach Berlin und andere einen Denktzettel nach

Auf der Basis des vorläufigen amtlichen Endergebnisses sitzen 181 Abgeordnete im Landtag, eine Regierungsmehrheit braucht demnach mindestens 91 Mandate. Die alte schwarz-gelbe Koalition verfügt nur noch über 80 Mandate, eine rotgrüne Koalition erreicht 90 Sitze.

Sieht man von der rechnerisch möglichen „Spanien“-Variante ab, sind drei Koalitionsbildungen möglich:

- eine Koalition aus CDU und SPD käme auf 134 Mandate;
- eine Koalition aus CDU, Grünen und FDP käme auf 103 Mandate;
- eine Koalition aus SPD, Grünen und LINKE käme auf 101 Mandate.

Die rot-rot-grüne Variante ist in den Umfragen bei der Wahlbevölkerung die unbeliebteste Variante, somit diejenige, die die inneren Kräfte der möglichen Partner am stärksten strapaziert, gleichzeitig die einzige Variante, die die SPD in erkennbarer Opposition zur schwarz-gelben Bundesregierung bringen würde. Ein Dreierbündnis mit der FDP hatten die Grünen vor der Wahl ausgeschlossen.

Die SPD steht in der Koalitionsbildung daher an einem Kreuzweg: zurück in die „große“ Koalition und Sprung in das offene Meer einer alternativen Konstellationsbildung mit Aussicht auf ein gesellschaftliches Reformbündnis.

a. Das Wahlergebnis in Einzelaspekten im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen

Tabelle: Ergebnis der vergangenen Wahlen in NRW

	BTW02	LTW05	BTW05	EPW09	KW09	BTW09	LTW10
Wahlberechtigte	13.179.091	13.230.366	13.257.047	13.308.501	14.132.543	13.288.291	13.270.933
Nichtwähler	2.597.680	4.897.003	2.871.817	7.746.541	6.734.342	3.794.441	5.398.071
Wähler	10.581.411	8.333.363	10.385.230	5.561.960	7.398.201	9.493.850	7.872.862
Ungültige Stimmen	108.851	89.349	139.199	57.960	139.508	104.438	113.537
Gültige Stimmen	10.472.560	8.244.014	10.246.031	5.504.000	7.258.693	9.389.412	7.759.325
CDU	3.675.732	3.696.506	3.524.351	2.091.945	2.802.990	3.111.478	2.681.736
SPD	4.499.388	3.058.988	4.096.112	1.410.141	2.134.063	2.678.956	2.675.536
Grüne	930.684	509.293	782.551	688.272	869.811	945.831	940.770
FDP	978.841	508.266	1.024.924	678.273	666.378	1.394.554	522.437
PDS/LINKE	125.446	72.989	529.967	252.475	316.562	789.814	434.846
WASG		181.988					
Sonstige	262.469	215.984	288.126	382.894	468.889	468.779	504.000
Wahlbeteiligung	80,3%	63,0%	78,3%	41,8%	52,3%	71,4%	59,3%
Verteilung der gültigen Stimmen							
CDU	35,1%	44,8%	34,4%	38,0%	38,6%	33,1%	34,6%
SPD	43,0%	37,1%	40,0%	25,6%	29,4%	28,5%	34,5%
Grüne	8,9%	6,2%	7,6%	12,5%	12,0%	10,1%	12,1%
FDP	9,3%	6,2%	10,0%	12,3%	9,2%	14,9%	6,7%
PDS/LINKE	1,2%	0,9%	5,2%	4,6%	4,4%	8,4%	5,6%
WASG		2,2%					
Sonstige	2,5%	2,6%	2,8%	7,0%	6,5%	5,0%	6,5%

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Daten des Landeswahlleiters

Düsseldorf geschickt haben. Eine Wahl, bei der die einen immer noch sauer sind wegen Hartz IV und dem damit eröffneten Niedriglohnssektor und den anderen die Schulpolitik der regierenden CDU stinkt, bei denen die Eltern nicht allein entscheiden dürfen, in welche Schule ihr Kind geht. Bei Licht betrachtet, ist das für die Demokratie eine verheerende Situation.“ 9. Mai 2010, 21:47 Uhr, http://blog.tagesschau.de/?page_id=139

Die vergangenen Wahlen in NRW zeichnen sich durch einen hohen Wechsel in der Wahlbeteiligung aus:

- An der Bundestagswahl 2002 beteiligten sich noch 80% der Wahlberechtigten, 2009 nur noch 71,4%. Entsprechende Einbrüche bei den Landtagswahlen gab es von 1980 auf 1990 (von 80% auf 71,8%). 1995 beteiligten sich nur noch 64% der Wahlberechtigten, 2000 sogar nur noch 56,7%, 2005 allerdings wieder 63%. Die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2009 lag bei 41,8%, wenige Wochen später bei den Kommunalwahlen beteiligten sich 52,3% der Wahlberechtigten.
- Bis Anfang der neunziger Jahre litt vor allem die CDU unter einer zurückgehenden Wahlbeteiligung.
- Seit Mitte der neunziger Jahre leidet die SPD unter einer niedrigen Wahlbeteiligung.
- Die bürgerlich-konservativen Parteien konnten ihre Wählerschaft auch bei einer niedrigen Wahlbeteiligung überdurchschnittlich gut mobilisieren.
- Umgekehrt profitierte die SPD weit überdurchschnittlich von einer gestiegenen Wahlbeteiligung. Bei den Bundestagswahlen 2009 galt dies in hohem Maße auch für DIE LINKE. Während die Zahl der Stimmen um gut 70% stieg, stieg die Zahl der Stimmen für DIE LINKE um mehr als 210%, von gut 250.000 auf knapp 790.000.
- Umgekehrt muss davon ausgegangen werden, dass eine sinkende Wahlbeteiligung überdurchschnittlich zu Lasten der linken Stimmen gehen kann.

Betrachtet man die Veränderungen in der Wahlbeteiligung über einen etwas längeren Zeitraum, so zeigt sich, dass der Zuwachs der Nichtwählerschaft in NRW einen recht eindeutigen klassen- und schichtenspezifischen Charakter aufweist.

Es sind vor allem Arbeiter, Arbeitslose, Niedrigverdiener, Wähler in Vierteln mit hohem Migranten-Anteil, Wähler mit niedriger formaler Bildung und geringem Haushaltseinkommen, zusammenfassend und verkürzend: Wähler und Wählerinnen in prekärer, unsicherer sozialer Lage aus prekären sozialen Vierteln, die überdurchschnittlich Wahlen fernbleiben bzw. nur bei „wichtigen“ Wahlen (Bundestag) noch mobilisierbar sind.

Beim Vergleich der Bundestagswahlen 2005 und 2009 zeigte sich zudem in einigen Städten des Ruhrgebietes die Tendenz, dass dort, wo die Wahlbeteiligung traditionell niedrig war, sie eher überdurchschnittlich zunahm, also sich das Nichtwählen als Haltung selbst verstärkte.

Ein Indiz dafür ist der Vergleich von SPD-Verlusten, Anstieg der Nichtwählerschaft und Gewinnen für DIE LINKE. Vergleicht man die Gewinne der LINKEN von BTW 2005 zu BTW 2009 mit den entsprechenden Verlusten der SPD, so machen die Stimmengewinne der LINKEN im Landesdurchschnitt 18,3% der SPD-Verluste aus. Knapp jeder fünfte abgewanderte SPD-Wähler kam zur LINKEN. In einigen Städten des Ruhrgebietes war dieser Anteil deutlich größer, z.B. in Recklinghausen und Dortmund mit über 23%. In anderen Städten wie Essen, Gelsenkirchen und Duisburg war er mit z.T. nur 14% deutlich niedriger als im Landesdurchschnitt. Hier wiederum gab es eine überdurchschnittliche Abwanderung von SPD-Wählern zur Nichtwählerschaft.

Landesweit gilt: In den Wahlkreisen mit überdurchschnittlichem Rückgang der Wahlbeteiligung finden sich nur wenige mit überdurchschnittlichen Gewinnen der Linken, umgekehrt gilt, dass unter den Wahlkreisen mit dem geringsten Rückgang bei der Wahlbeteiligung überdurchschnittlich häufig Wahlkreise mit überdurchschnittlichen Stimmengewinnen für die LINKEN waren.

Gleichzeitig ließ sich feststellen, dass es keinen eindeutigen linearen Zusammenhang zwischen prekärer, bedrohter, ausgegrenzter sozialer Lage und Stimmenzuwächsen für DIE LINKE gab. Ihre Stimmenzahl wuchs nicht proportional mit der Zahl der Arbeitslosen und SGBII-Leistungsbeziehenden. Vielmehr stand DIE LINKE hier in einem harten Konkurrenzkampf mit der „Partei der Nichtwähler“, wobei im Ruhrgebiet nicht selten Hochburgen der LINKEN zugleich Hochburgen der Nichtwähler waren.

Die Landtagswahl 2010 verzeichnet die zweitschlechteste Wahlbeteiligung seit 1947. Nur 2000 gingen weniger Bürgerinnen und Bürger wählen.

Tabelle: Wahlbeteiligung in NRW

	LTW05	BTW09	LTW10	Veränderung LTW10			
				zu LTW05		zu BTW09	
Wähler	8.333.363	9.493.850	7.872.862	-460.501	-5,5%	-1.620.988	-17,1%
CDU	3.696.506	3.111.478	2.681.736	-1.014.770	-27,5%	-429.742	-13,8%
SPD	3.058.988	2.678.956	2.675.536	-383.452	-12,5%	-3.420	-0,1%
Grüne	509.293	945.831	940.770	431.477	84,7%	-5.061	-0,5%
FDP	508.266	1.394.554	522.437	14.171	2,8%	-872.117	-62,5%
LINKE	254.977	789.814	434.846	179.869	70,5%	-354.968	-44,9%

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Daten des Landeswahlleiters

Der Vergleich mit der Bundestagswahl zeigt einen Rückgang der Wahlbeteiligung um 17,1%. Hiervon waren vor allem die FDP und die LINKE betroffen, Grüne und SPD konnten nahezu ihr Wählerpotential der Bundestagswahl mobilisieren. Im Vergleich mit der Landtagswahl 2005 zeigt sich, dass die SPD deutlich Stimmen verloren hat, die Grünen aber mehr Stimmen hinzugewonnen haben. Der Ausbau des rotgrünen „Lagers“ erfolgt offensichtlich durch die Grünen, nicht durch die SPD.

Das Wahlergebnis der LINKEN kann als leichte Ausweitung der Stammwählerschaft interpretiert werden. Sie dürfte in NRW derzeit knapp an die Fünf-Prozenthürde heranreichen.

Die CDU unterbietet ihr bisher schlechtestes Zweitstimmenergebnis von 2000 (2.712.176 Stimmen) nochmals deutlich. Die Erosion ihrer Wählermilieus scheint unumkehrbar. Es nähert sich von 25% nun den 20% der Wahlberechtigten an, die noch für die SPD zu veranschlagen sind. Darüberhinausgehende Ergebnisse bedürfen besonderer Mobilisierungen wie der Wechselstimmung zur Ablösung einer Regierung oder besonderer Themen (die aber die Gefahr bergen, weitere Unsicherheit in die verbliebene Stammwählerschaft zu tragen).

Tabelle: Verteilung der Wahlberechtigten in NRW

	LTW00	BTW02	LTW05	BTW05	EPW09	KW09	BTW09	LTW10
Nichtwähler	43,3%	19,7%	37,0%	21,7%	58,2%	47,7%	28,6%	40,7%
Ungültige Stimmen	0,6%	0,8%	0,7%	1,1%	0,4%	1,0%	0,8%	0,9%
CDU	20,8%	27,9%	27,9%	26,6%	15,7%	19,8%	23,4%	20,2%
SPD	24,1%	34,1%	23,1%	30,9%	10,6%	15,1%	20,2%	20,2%
Grüne	4,0%	7,1%	3,8%	5,9%	5,2%	6,2%	7,1%	7,1%
FDP	5,5%	7,4%	3,8%	7,7%	5,1%	4,7%	10,5%	3,9%
PDS/LINKE	0,6%	1,0%	0,6%	4,0%	1,9%	2,2%	5,9%	3,3%

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Daten des Landeswahlleiters

b. Die Wähler/-innenmobilisierung der LINKEN

DIE LINKE erhielt rund 435.000 Zweitstimmen. Das waren rund 180.000 Stimmen mehr als bei der Europawahl 2009 (+72,2%) und 355.000 oder 44,9% weniger als bei der Bundestagswahl 2009.

Nimmt man das Bundestagswahlergebnis als Basis, so betrug die landesweite Wählermobilisierung der Linken 55,1% der damaligen Wählerschaft. Dieser Anteil liegt deutlich unter dem Anteil der Wähler/-innen (82,9%), d.h. die Stimmen für die LINKE sanken deutlich stärker als die Zahl der Wähler/-innen.

Tabelle: Wähler/-innenmobilisierung LTW- zu BTW-Stimmen

Wähler	82,9%
CDU	86,2%
SPD	99,9%
Grüne	99,5%
FDP	37,5%
LINKE	55,1%

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage der Daten des Landeswahlleiters

In einzelnen Wahlkreisen lag die Wähler/-innenmobilisierung der LINKEN deutlich über dem Durchschnitt, darunter mehrheitlich Wahlkreise mit einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung. Am besten war sie im Wahlkreis Bielefeld I (70%), in Köln mit 65% und mehr, in einzelnen Wahlkreisen Düsseldorfs, Gütersloh oder auch Münster.

Unterdurchschnittlich war die Mobilisierung der Bundestagswählerschaft in Städten des Ruhrgebietes, in denen in der Regel auch die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich war. In Wahlkreisen in Recklinghausen, Gelsenkirchen, Dortmund, auch Duisburg konnten nur weniger als die Hälfte der Bundestagswählerinnen und -wähler für die LINKE mobilisiert werden.

Eine vollständige Übersicht findet sich als Anhang am Ende des Textes.

c. Rechtsextreme Ergebnisse

Die rechten Parteien verpassten den Einzug in den Landtag deutlich. NPD und Republikaner blieben deutlich unter 1%. „Pro NRW“ erreichte im Landesdurchschnitt 1,4%, beachtenswert sind die Ergebnisse in einzelnen Städten: Duisburg 4,0%, Gelsenkirchen 4,2%.

6. Das Wahlergebnis im Einzelnen

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.¹⁸

Folgende Ergebnisse sind nach Berechnungen auf der Basis von Wahlbefragungen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zu verzeichnen. Die Zahlen entsprechen dem Stand in der Wahlnacht. Abweichungen zwischen den Forschungsinstituten gehen auf unterschiedliche Berechnungsweisen zurück.

a. Die Wähler/-innen-Wanderung

An ... von	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE.	Andere	Nichtwähl.
CDU	-	-140.000	-130.000	-90.000	-30.000	-110.000	-330.000
SPD	140.000	-	10.000	-170.000	-70.000	-50.000	-130.000
FDP	130.000	-10.000	-	-30.000	-10.000	-30.000	-40.000
Grüne	90.000	170.000	30.000	-	-20.000	-20.000	80.000
DIE LINKE.	30.000	70.000	10.000	20.000	-	40.000	-20.000
Andere	110.000	50.000	30.000	20.000	-40.000	-	60.000
Nichtwähler/innen	330.000	130.000	40.000	-80.000	20.000	-60.000	-

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/index.shtml>

¹⁸ Bei der Erstellung der Wahlnachtberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

Die **CDU** verliert an alle im Landtag vertretenen Parteien, am stärksten jedoch an die SPD (-140.000 Stimmen) und an die FDP (-130.000 Stimmen). Der größte Teil der Wähler/-innen von 2005 geht in das Lager der Nichtwähler/-innen (-330.000 Stimmen) oder zu anderen Parteien inkl. Grünen und LINKEN.

Die **SPD** gewinnt zwar aus dem schwarz-gelben Lager insgesamt 150.000 Stimmen hinzu, gibt aber allein an die Grünen 170.000 Stimmen ab. Weitere 250.000 Stimmen verliert sie an das Lager der Nichtwähler/-innen und der anderen Parteien, inkl. der LINKEN (-70.000 Stimmen).

Die **FDP** gewinnt 130.000 Stimmen von der CDU, muss jedoch 120.000 Stimmen an alle anderen Parteien sowie das Nichtwähler/-innenlager abgeben.

Die **Grünen** sind die einzige im Landtag vertretene Partei, der es gelingt, im Vergleich zur Landtagswahl 2005 Stimmen aus dem Nichtwähler/-innenlager zu mobilisieren (80.000). Sie muss 40.000 Stimmen an die anderen Parteien inkl. der LINKEN abgeben, gewinnt im Gegenzug jedoch 290.000 Stimmen von CDU, SPD und FDP.

Der **LINKEN** gelingt es bei dieser Wahl nicht, das Nichtwähler/-innenlager zur Stimmabgabe zu mobilisieren. Aus dem Spektrum der Wähler/-innen, die 2005 für die WASG bzw. die PDS stimmten, wandern 20.000 Wähler/-innen ins Nichtwählerlager ab. Demgegenüber stehen jedoch Zugewinne von 170.000 früheren Wähler/-innen aller anderen Parteien.

b. Die Wähler/-innen nach Altersgruppen / Erstwähler

	18-24	25-34	35-44	45-59	60+
CDU	24	28	32	31	45
SPD	30	27	29	37	39
FDP	7	9	8	6	5
Grüne	17	16	17	14	5
LINKE	6	6	5	7	4

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/umfrage-alter.shtml>

Die **CDU** erzielt die höchsten Stimmenergebnisse in der Gruppe der über 60-Jährigen und liegt dort deutlich über ihrem Landeswahlergebnis. Nur dort erreicht sie noch das Wahlergebnis, das sie 2005 insgesamt erzielte. In den Altersgruppen bis 45 Jahre schneidet sie leicht unterdurchschnittlich ab, am Schlechtesten bei den unter 25-Jährigen.

Die **SPD** erzielt ihre besten Stimmenergebnisse in der Gruppe der unter 25-Jährigen sowie den über 45-Jährigen. Bei der Altersgruppe zwischen 25 und 44 Jahren erzielt sie vergleichsweise schlechte Werte.

Die **FDP** schneidet in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen überdurchschnittlich und bei den etwas Jüngeren bzw. etwas Älteren besser ab. Die ergrauenden und grauen Altersgruppen kann sie nur unzureichend für sich gewinnen.

Die **Grünen** schneiden in ihrer Wähler/-innenklientel überproportional bei den Jung- und Erstwähler/-innen bis zu den 45-Jährigen ab. In den ergrauenden Altersgruppen liegt sie zwar über dem Wahlergebnis, ist aber schwächer als bei den jüngeren Jahrgängen und schneidet extrem schwach bei den Älteren und Alten ab.

Die **LINKEN** erzielt höhere Stimmergebnisse in der Gruppe der 45-59-Jährigen. Bei den Jung- und Erstwähler/-innen sowie bei den jüngeren Wähler/-innen liegt sie etwas über dem Landesergebnis, schneidet aber bei der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen und den Alten unter-

durchschnittlich bzw. schwach ab. Das Ergebnis spiegelt die Ergebnisse der vorhergehenden westdeutschen Landtagswahlen der LINKEN wieder.

Bei den **Erstwähler/-innen** schnitt die SPD mit 30% am besten ab, gefolgt von der CDU (23%) und den Grünen (18%). Die FDP (8%) und die LINKE (6%) folgten auf den letzten Rängen.

c. Die Wähler/-innen nach Geschlecht

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE
Frauen	36	35	6	13	4
Männer	33	34	8	11	7

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/umfrage-werwas.shtml>

Für CDU, SPD und Grüne stimmten mehr Frauen als Männer. Für die FDP und die LINKE entschieden sich mehr Männer als Frauen.

d. Die Wähler/-innen nach Berufsgruppen und Gewerkschaftsmitgliedschaft

	Arbeiter	Angestellte	Selbstständige	Rentner	Arbeitslose
CDU	23	32	42	43	22
SPD	41	33	16	40	36
FDP	7	7	14	5	2
Grüne	9	16	15	5	10
LINKE	11	5	5	4	15

Quelle: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/umfrage-job.shtml>

Die **CDU** erzielt die höchsten Stimmenergebnisse in der Gruppe der Selbständigen und Rentner. In diesen Tätigkeitsgruppen kann sie jeweils über 40% Zustimmung erreichen. Demgegenüber gering fällt die Zustimmung bei Arbeitslosen und Arbeitern aus – der Anspruch Rüttgers als Arbeiterführer erweist sich damit als Chimäre.

Die Wähler/-innenstruktur der **SPD** ist durch einen überdurchschnittlichen Anteil an Arbeitern und Rentnern geprägt. Sie kann ihren Anspruch, die Interessenvertretung der Arbeiter in NRW zu sein gegenüber 2005 wieder einlösen. Einen stark unterdurchschnittlichen Anteil haben die Selbständigen bei der SPD-Wähler/-innenzusammensetzung.

Die **FDP** kann – wie immer – bei den Selbständigen überdurchschnittlich mobilisieren. Hier kann sie ihr Wahlergebnis mehr als verdoppeln. Die **Grünen** liegen als bürgerliche Partei bei Angestellten und Selbständigen über ihrem Wahlergebnis und schneiden bei Arbeitern, Arbeitslosen und – bedingt durch die Altersstruktur der Wähler/-innen – bei den Rentner unterdurchschnittlich ab.

Die **LINKE** ist – wie gehabt – die Partei der Arbeiter/-innen und Arbeitslosen. Bei diesen Tätigkeitsmerkmalen ist sie doppelt so stark (Arbeiter/-innen) bzw. dreimal so stark (Arbeitslose) als im allgemeinen Wahlergebnis.

Da Infratest dimap die Tätigkeitsgruppe der **Beamten** nicht ausgewiesen hatte, wird hierzu auf Daten der Forschungsgruppe Wahlen zurückgegriffen:

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE
Beamte	38	32	6	15	4

Quelle: http://wahltool.zdf.de/_flash/nrw.shtml?req=Sitze

In der Gruppe der **Gewerkschaftsmitglieder** stellte sich die Zustimmung wie folgt dar:

	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE
Gewerkschaftsmitglied	20	50	4	11	9

Quelle: http://wahltool.zdf.de/_flash/nrw.shtml?req=Sitze

Aus dieser Darstellung wird deutlich, dass sowohl SPD als auch die LINKE in der Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder weit überdurchschnittlich mobilisieren können. Die SPD erreicht hier Zustimmungswerte, die weit oberhalb ihres Landesergebnisses liegen und auch die LINKE verzeichnet in dieser Gruppe fast zweimal soviel Zustimmung wie im Landesergebnis. Die Union hingegen liegt weit unter ihrem Landeswahlergebnis.

e. Die Wähler/-innen nach Regionen

Um Wahlergebnisse zu analysieren, setzt die Wahlforschung sogenannte logische Aggregate ein. In Wahlkreisen und Stimmbezirken werden bestimmte Merkmale, wie Arbeitslosenquote, Migrationsanteil, Einwohnerdichte betrachtet. Die Ergebnisse werden sodann zu Einheiten mit hohen, mittleren oder niedrigen Werten zu Aggregaten zusammengefasst. Diese Aggregate werden gebildet, indem die geographischen Einheiten mit gleichen Merkmalen zusammengefasst werden. Nachstehend sind die Aggregate, basierend auf den Angaben von Infratest dimap, aufgeführt. Bei der Darstellung wurden, sofern angegeben, auch die Ergebnisse von rechten Partei (ProNRW, REP, NPD) einbezogen. Die jeweiligen Höchstwerte der Partei sind fett hervorgehoben.

	Regionsmerkmal Migrant/-innen-Anteil							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	ProNRW	REP	NPD
Hoher Migrationsanteil	28,8	34,7	15,5	6,9	6,7	2,0	0,4	0,5
Mittlerer Migrationsanteil	33,6	36,3	11,2	6,4	5,8	1,5	0,3	0,8
Niedriger Migrationsanteil	39,8	31,7	11,1	7,3	4,6	0,8	0,2	0,6

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/logi-auslaender.shtml>; Stand: 0:04 Uhr

Die Parteien links der Mitte, also SPD, Grüne und LINKE schneiden umso besser ab, je höher der Migrationsanteil liegt. Demgegenüber steigen die Stimmergebnisse der CDU an, je niedriger der Migrationsanteil liegt. Die FDP verzeichnet ebenfalls in Gebieten mit einem niedrigen Migrationsanteil, also erfahrungsgemäß den eher sozial starken Gebieten ein besseres Ergebnis als in den beiden anderen Merkmalsregionen.

	Regionsmerkmal Bevölkerung							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	ProNRW	REP	NPD
Starkes Bevölkerungswachstum	36,6	29,1	15,4	8,2	4,9	0,9	0,3	0,5
Starker Bevölkerungsrückgang	31,4	39,0	10,0	5,7	6,2	1,9	0,4	0,9
Wenig Bevölkerungsänderung	34,5	35,8	11,3	6,6	5,6	1,3	0,3	0,8

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/logi-bevoelkerung.shtml>; Stand: 0:04 Uhr

Sowohl SPD als auch LINKE sind in Gebieten mit einem starken Bevölkerungsrückgang stärker als in Gebieten mit einem starken Bevölkerungswachstum vertreten. Demgegenüber profitieren die bürgerlichen Parteien Grüne, CDU und FDP von einem starken Bevölkerungswachstum.

Auch ProNRW und die NPD sind in Regionen mit einem starken Bevölkerungswachstum stärker als in den anderen Regionen vertreten.

	Regionsmerkmal Arbeitslosigkeit							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	ProNRW	REP	NPD
Hohe Arbeitslosigkeit	28,1	40,9	11,3	5,2	7,1	2,0	0,4	0,8
Mittlere Arbeitslosigkeit	34,0	35,2	11,9	6,8	5,5	1,2	0,3	0,8
Niedrige Arbeitslosigkeit	40,6	28,9	12,6	8,0	4,4	1,0	0,2	0,5

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/logi-arbeitslos.shtml>;
Stand: 0:04 Uhr

Im Hinblick auf die o.a. Zustimmung zu Parteien nach Tätigkeit überrascht es nicht, dass beim Regionsmerkmal Arbeitslosigkeit SPD als auch LINKE in Gebieten mit einer hohen Arbeitslosigkeit vergleichsweise stark vertreten sind. Die SPD erreicht hier über 40%, während die LINKE mit 7,1% deutlich über ihrem allgemeinen Wahlergebnis liegt.

Demgegenüber dominieren die bürgerlichen Parteien Grüne, CDU und FDP in Gebieten mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit. Zwischen SPD und CDU verhalten sich in diesen Regionen die Ergebnisse fast spiegelverkehrt.

Auch ProNRW ist in Regionen mit einer hohen Arbeitslosigkeit stärker als in den anderen Regionen vertreten, während der NPD-Anteil erst in Gebieten mit niedriger Arbeitslosigkeit abnimmt.

	Regionsmerkmal Hochburgen							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	ProNRW	REP	NPD
CDU-stark	44,5	27,5	10,4	7,7	4,4	0,8	0,2	0,7
SPD-stark	25,7	44,9	10,4	4,5	7,0	1,9	0,4	0,9
Grüne-stark	30,1	32,6	17,8	7,2	6,1	1,1	0,3	0,5
FDP-stark	36,0	28,9	14,2	9,2	5,0	1,5	0,3	0,5
LINKE-stark	26,7	42,3	11,4	5,0	7,1	1,9	0,4	0,9

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/logi-hochburgen.shtml>;
Stand: 0:04 Uhr

Die vorstehende Tabelle gibt an, wie die Stimmenergebnisse der einzelnen Parteien in den jeweiligen Hochburgen der anderen Parteien ausfallen. Daraus lassen sich Zusammenhänge zwischen Milieustrukturen der Parteien herstellen. Die jeweiligen Höchstwerte in der Hochburg einer konkurrierenden Partei, also Schnittmengen in den Milieus, sind jeweils mit einem Kreis gekennzeichnet. So ist die FDP zum Beispiel dort stark, wo CDU und Grüne ihre Hochburgen haben, während sie in Hochburgen der LINKEN und der SPD deutlich geringere Zustimmungswerte erhält.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass zwischen SPD und LINKEN ein deutlicher Milieuzusammenhang besteht. Die LINKE wiederum schneidet in Hochburgen der SPD sowie in Hochburgen der LINKEN besser als in CDU- und FDP-Hochburgen ab. Es kann angenommen werden, dass es sich bei den Hochburgen der SPD um klassische Arbeitermilieus und Wohngegenden der Arbeitslosen handelt, während die Zusammenhänge zwischen grünem und linkem Milieu in eher studentischen und links-alternativen Gebieten bestehen dürften.

	Regionsmerkmal Wahlbeteiligung							
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	ProNRW	REP	NPD
Hohe Wahlbeteiligung	38,4	30,2	13,4	7,9	4,6	1,6	0,2	0,5
Mittlere Wahlbeteiligung	34,7	35,3	11,3	6,6	5,6	1,3	0,3	0,8
Niedrige Wahlbeteiligung	27,7	40,2	11,6	5,6	6,9	2,2	0,4	0,8

Quelle: Infratest-dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/logi-wahlbeteiligung.shtml>; Stand: 0:04 Uhr

Die bürgerlichen Parteien CDU, FDP und Grüne schneiden in den Regionen mit einer hohen Wahlbeteiligung besser ab als in Gebieten mit einer mittleren oder geringen Wahlbeteiligung. Es kann angenommen werden, dass diese Gebiete in Zusammenhang stehen zu den Gebieten mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit.

Die SPD und die LINKEN, aber auch die rechten Parteien sind hingegen in Gebieten mit einer niedrigen Wahlbeteiligung stärker vertreten. Es dürfte sich dabei um die Gebiete mit einer hohen Arbeitslosigkeit und einem vergleichsweise hohen Migrationsanteil handeln, in denen erfahrungsgemäß, die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich ausgeprägt ist.

f. Wahlentscheidende Themen und Aspekte

Die Meinungsforschungsinstitute führen sogenannte Nachwahl-Befragungen durch, um nicht nur im Vorfeld der Wahlen die Stimmung zu erkunden, sondern auch Motive der Wahlentscheidung selbst festzustellen.

Für die kurzentschlossenen Wähler/-innen, also diejenigen, die nicht bereits langfristig ihre Stimmabgabe vorgesehen hatten, waren die Wirtschafts- und Bildungspolitik mit jeweils 29%, gefolgt von der sozialen Gerechtigkeit (25%) und der Arbeitsmarktpolitik (21%) wahlentscheidend.¹⁹

Als insgesamt wahlentscheidend benannten die von Infratest dimap befragten Wähler/-innen das Programm (25%), die langfristige Parteibindung (25%) sowie die Kandidat/-innen der Parteien (17%).

In der nachfolgenden Tabelle sind die von Infratest dimap erhobenen wahlentscheidenden Themen der CDU-Abwanderer/-innen und der neuen Grünen Wähler/-innen zusammengefasst.

Tabelle: Wahlentscheidende Gründe bei ab- und zuwandernden Wähler/-innen

	CDU-Abwanderer/-innen	Neue Grün-Wähler/-innen
Wirtschaftspolitik	39	23
Bildungspolitik	26	33
Soziale Gerechtigkeit	24	30
Finanzlage	23	-
Umweltpolitik	-	41

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/umfrage-aktuellethemen.shtml>

Eine Wahlentscheidung muss nicht immer mit dem Ziel getroffen werden, für etwas zu stimmen, sondern ebenso wie es darum gehen kann, ein Zeichen zu setzen („Denkzettel“), kann die Stimmabgabe auch mit dem Ziel vorgenommen werden, durch die Stärkung einer bestimmten Partei die Regierungsoptionen der Konkurrenz zu schmälern, also ein ungewolltes Regierungsbündnis zu verhindern. Befragt, ob die Wahlentscheidung auch der Verhinderung

¹⁹ Infratest dimap: <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/umfrage-aktuellethemen.shtml>

eines Regierungsbündnisses dienen sollte, antworteten die Wähler/-innen gegenüber Infratest dimap wie folgt:

Tabelle: Regierungsbündnis verhindern

	Schwarz-Gelb verhindern	Rot-Rot-Grün verhindern
LINKE-Wähler/-innen	47	
SPD-Wähler/-innen	32	
Grünen-Wähler/-innen	28	
CDU-Wähler/-innen		47
FDP-Wähler/-innen		31

<http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2010-05-09-LT-DE-NW/umfrage-umfrage-mobilisierung.shtml>

Die Autoren / Vorbehalt

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit für die Partei DIE LINKE. als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlkampfberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Die während der Wahlkampfzeit entstandene Analyse basiert auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten, einschlägigen Medienveröffentlichungen bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *

Anhang: Die Ergebnisse der LINKEN bei der NRW-LTW 2010 nach Wahlkreisen

		BT-Wahl 2009			LT-Wahl 2010				LINKE
		Wahlbe- teiligung	Stimmen LINKE	Anteil LINKE	Wahlbe- teiligung	gültige Stimmen	Stimmen LINKE	Anteil LINKE	Stimmen LTW/BTW
0	NRW Landesergebnis	71,4%	789.814	8,4%	59,3%	7.872.862	434.846	5,6%	55,1%
1	Aachen I	75,7%	5.121	7,9%	64,1%	54.540	3.012	5,5%	58,8%
2	Aachen II	71,6%	5.790	9,0%	60,0%	53.443	3.465	6,5%	59,8%
3	Aachen III	70,3%	7.937	9,8%	57,9%	66.033	4.146	6,3%	52,2%
4	Aachen IV	70,4%	6.989	9,0%	59,6%	65.586	3.758	5,7%	53,8%
5	Rhein-Erft-Kreis I	73,9%	5.857	6,8%	63,0%	73.797	2.996	4,1%	51,2%
6	Rhein-Erft-Kreis II	72,0%	6.723	8,0%	60,6%	70.865	3.568	5,0%	53,1%
7	Rhein-Erft-Kreis III	74,6%	5.690	7,4%	61,2%	62.869	3.239	5,2%	56,9%
8	Euskirchen I	70,1%	6.950	7,8%	57,0%	71.896	3.910	5,4%	56,3%
9	Heinsberg I	70,2%	5.078	8,1%	57,1%	50.273	2.757	5,5%	54,3%
10	Heinsberg II	70,2%	5.560	8,2%	56,5%	53.979	3.071	5,7%	55,2%
11	Düren I	74,5%	6.090	8,1%	62,9%	63.228	3.211	5,1%	52,7%
12	Düren II - Euskirchen II	70,0%	6.967	8,6%	57,2%	66.076	3.813	5,8%	54,7%
13	Köln I	74,3%	7.336	8,3%	64,1%	75.998	4.804	6,3%	65,5%
14	Köln II	79,8%	4.802	5,8%	69,7%	72.274	3.227	4,5%	67,2%
15	Köln III	69,5%	7.541	10,8%	59,6%	60.237	4.728	7,8%	62,7%
16	Köln IV	66,6%	5.999	9,5%	55,9%	52.708	3.235	6,1%	53,9%
17	Köln V	69,5%	5.898	8,8%	57,3%	54.425	3.325	6,1%	56,4%
18	Köln VI	66,4%	6.194	10,5%	55,3%	48.781	4.027	8,3%	65,0%
19	Köln VII	65,7%	6.738	10,9%	54,4%	50.208	3.723	7,4%	55,3%
20	Leverkusen	71,1%	6.977	8,4%	57,9%	67.207	3.587	5,3%	51,4%
21	Rheinisch-Bergischer Kreis I	77,1%	5.367	6,7%	65,2%	67.099	3.258	4,9%	60,7%
22	Rheinisch-Bergischer Kreis II	77,5%	5.465	6,4%	65,5%	71.877	3.174	4,4%	58,1%
23	Oberbergischer Kreis I	72,0%	5.695	7,2%	58,4%	64.279	3.135	4,9%	55,0%
24	Oberbergischer Kreis II	69,9%	5.375	7,8%	55,4%	54.147	2.894	5,3%	53,8%
25	Rhein-Sieg-Kreis I	72,9%	6.114	6,9%	60,0%	72.166	3.725	5,2%	60,9%
26	Rhein-Sieg-Kreis II	76,0%	3.998	5,8%	62,6%	56.042	2.263	4,0%	56,6%
27	Rhein-Sieg-Kreis III	76,6%	4.802	5,2%	63,2%	75.386	2.729	3,6%	56,8%
28	Rhein-Sieg-Kreis IV	71,4%	5.536	7,2%	56,0%	62.001	3.031	4,9%	54,8%
29	Bonn I	74,8%	6.411	7,8%	62,5%	68.459	3.840	5,6%	59,9%
30	Bonn II	78,2%	5.213	6,2%	66,8%	71.144	3.116	4,4%	59,8%
31	Wuppertal I	66,1%	6.142	11,2%	54,6%	45.053	3.514	7,8%	57,2%
32	Wuppertal II	68,2%	7.368	12,0%	57,4%	51.642	4.546	8,8%	61,7%
33	Wuppertal III - Solingen II	70,7%	6.283	10,1%	60,3%	52.478	3.738	7,1%	59,5%
34	Solingen I	69,8%	6.588	9,5%	57,8%	57.253	3.902	6,8%	59,2%
35	Remscheid	68,9%	5.419	9,8%	55,4%	44.204	2.889	6,5%	53,3%
36	Mettmann I	72,6%	5.312	7,1%	60,8%	62.020	3.073	5,0%	57,9%

		BT-Wahl 2009			LT-Wahl 2010				LINKE
		Wahlbe- teiligung	Stimmen LINKE	Anteil LINKE	Wahlbe- teiligung	gültige Stimmen	Stimmen LINKE	Anteil LINKE	Stimmen LTW/BTW
0	NRW Landesergebnis	71,4%	789.814	8,4%	59,3%	7.872.862	434.846	5,6%	55,1%
37	Mettmann II	74,8%	4.669	7,0%	63,2%	57.425	2.712	4,7%	58,1%
38	Mettmann III	73,9%	4.494	6,8%	62,9%	55.479	2.450	4,4%	54,5%
39	Mettmann IV	72,1%	5.775	9,1%	60,6%	52.828	3.138	5,9%	54,3%
40	Düsseldorf I	72,8%	6.401	7,5%	62,9%	73.264	3.775	5,2%	59,0%
41	Düsseldorf II	69,6%	6.498	9,5%	59,4%	58.105	3.804	6,5%	58,5%
42	Düsseldorf III	72,1%	6.205	8,4%	62,6%	63.595	3.995	6,3%	64,4%
43	Düsseldorf IV	69,5%	6.102	9,4%	59,0%	54.719	3.349	6,1%	54,9%
44	Rhein-Kreis Neuss I	68,8%	5.242	7,0%	57,3%	61.983	2.876	4,6%	54,9%
45	Rhein-Kreis Neuss II	71,4%	4.513	6,1%	59,7%	61.043	2.490	4,1%	55,2%
46	Rhein-Kreis Neuss III	77,9%	4.813	5,3%	67,1%	77.943	2.882	3,7%	59,9%
47	Krefeld I	63,6%	5.167	10,1%	51,9%	41.685	2.997	7,2%	58,0%
48	Krefeld II	72,3%	4.598	7,4%	60,7%	51.861	2.462	4,7%	53,5%
49	Mönchengladbach I	62,2%	5.719	9,0%	50,2%	51.109	3.400	6,7%	59,5%
50	Mönchengladbach II	65,8%	4.522	7,6%	53,3%	47.913	2.600	5,4%	57,5%
51	Viersen I	71,1%	5.802	7,5%	58,4%	63.486	3.306	5,2%	57,0%
52	Viersen II	73,2%	6.133	7,2%	60,8%	70.392	3.396	4,8%	55,4%
53	Kleve I	72,4%	4.734	5,8%	60,9%	67.929	2.712	4,0%	57,3%
54	Kleve II	67,8%	4.832	6,4%	56,4%	62.707	2.804	4,5%	58,0%
55	Oberhausen I	65,8%	7.778	12,7%	54,3%	50.180	3.819	7,6%	49,1%
56	Oberhausen II - Wesel I	72,9%	8.533	10,1%	61,0%	70.778	4.287	6,1%	50,2%
57	Wesel II	72,3%	5.900	8,4%	62,2%	60.204	3.244	5,4%	55,0%
58	Wesel III	73,3%	7.378	8,4%	62,3%	74.368	3.764	5,1%	51,0%
59	Wesel IV	72,2%	6.274	9,8%	61,0%	53.977	3.271	6,1%	52,1%
60	Duisburg I	71,7%	7.967	11,1%	62,1%	62.221	4.274	6,9%	53,6%
61	Duisburg II	68,0%	6.174	11,2%	58,0%	46.860	3.279	7,0%	53,1%
62	Duisburg III	57,9%	6.587	14,6%	46,7%	36.049	3.624	10,1%	55,0%
63	Duisburg IV	59,9%	6.890	14,2%	48,5%	39.218	3.394	8,7%	49,3%
64	Mülheim I	73,6%	8.446	9,4%	64,4%	78.786	4.497	5,7%	53,2%
65	Essen I - Mülheim II	66,0%	7.746	10,8%	54,5%	58.513	3.895	6,7%	50,3%
66	Essen II	65,0%	7.334	10,9%	53,4%	54.834	4.082	7,4%	55,7%
67	Essen III	66,5%	7.515	11,6%	55,3%	53.159	4.408	8,3%	58,7%
68	Essen IV	79,3%	6.852	6,8%	69,8%	87.780	3.999	4,6%	58,4%
69	Recklinghausen I	70,5%	7.578	11,9%	57,8%	52.158	3.798	7,3%	50,1%
70	Recklinghausen II	71,1%	7.895	11,3%	58,0%	56.649	3.639	6,4%	46,1%
71	Recklinghausen III	70,5%	7.246	10,8%	58,5%	55.380	3.768	6,8%	52,0%
72	Recklinghausen IV	73,7%	7.224	9,5%	61,2%	62.956	3.843	6,1%	53,2%
73	Recklinghausen V	71,2%	7.646	11,3%	58,0%	54.992	3.624	6,6%	47,4%
74	Gelsenkirchen I	66,9%	7.870	11,8%	54,2%	53.862	3.640	6,8%	46,3%
75	Gelsenkirchen II	62,6%	6.627	12,4%	50,3%	42.562	3.270	7,7%	49,3%
76	Bottrop	71,2%	6.851	10,7%	60,0%	53.733	3.442	6,4%	50,2%
77	Borken I	73,9%	3.998	5,0%	60,9%	65.919	2.164	3,3%	54,1%
78	Borken II	72,0%	4.591	5,9%	58,5%	63.019	2.540	4,0%	55,3%

		BT-Wahl 2009			LT-Wahl 2010				LINKE
		Wahlbe- teiligung	Stimmen LINKE	Anteil LINKE	Wahlbe- teiligung	gültige Stimmen	Stimmen LINKE	Anteil LINKE	Stimmen LTW/BTW
0	NRW Landesergebnis	71,4%	789.814	8,4%	59,3%	7.872.862	434.846	5,6%	55,1%
79	Coesfeld I - Borken III	76,9%	4.560	5,4%	64,3%	70.340	2.263	3,2%	49,6%
80	Coesfeld II	76,9%	5.327	6,1%	65,1%	73.973	2.931	4,0%	55,0%
81	Steinfurt I	75,0%	4.889	5,8%	62,5%	69.757	2.681	3,8%	54,8%
82	Steinfurt II	73,1%	5.235	6,6%	60,4%	65.520	2.852	4,4%	54,5%
83	Steinfurt III	74,4%	5.573	6,7%	60,3%	67.582	2.820	4,2%	50,6%
84	Münster I	78,5%	5.463	6,7%	68,4%	71.417	3.374	4,7%	61,8%
85	Münster II	76,9%	5.507	6,8%	66,3%	70.065	3.354	4,8%	60,9%
86	Warendorf I	75,5%	4.458	5,3%	62,8%	69.609	2.530	3,6%	56,8%
87	Warendorf II	72,2%	5.366	7,6%	59,3%	57.531	2.902	5,0%	54,1%
88	Minden-Lübbecke I	71,3%	5.123	6,2%	55,7%	64.100	2.762	4,3%	53,9%
89	Minden-Lübbecke II	69,2%	7.296	8,2%	55,1%	70.247	4.112	5,9%	56,4%
90	Herford I	70,8%	5.308	7,8%	57,7%	55.014	3.067	5,6%	57,8%
91	Herford II	71,1%	5.561	8,0%	57,5%	55.693	3.305	5,9%	59,4%
92	Bielefeld I	73,1%	7.856	11,7%	61,9%	56.487	5.498	9,7%	70,0%
93	Bielefeld II	71,1%	6.960	8,7%	58,3%	65.454	4.189	6,2%	60,2%
94	Gütersloh I - Bielefeld III	75,0%	4.924	7,0%	62,6%	58.234	3.102	5,3%	63,0%
95	Gütersloh II	71,3%	5.020	7,1%	57,5%	56.911	3.084	5,4%	61,4%
96	Gütersloh III	73,5%	4.183	5,8%	59,1%	57.489	2.395	4,2%	57,3%
97	Lippe I	73,2%	4.903	7,2%	60,1%	55.751	2.747	4,9%	56,0%
98	Lippe II	73,3%	4.536	7,1%	59,8%	51.835	2.482	4,8%	54,7%
99	Lippe III	72,0%	4.726	7,2%	59,2%	53.504	2.920	5,5%	61,8%
100	Paderborn I	72,8%	4.387	5,2%	59,2%	68.634	2.665	3,9%	60,7%
101	Paderborn II	68,3%	5.031	7,0%	54,1%	56.701	3.090	5,4%	61,4%
102	Höxter	73,8%	5.160	6,1%	59,3%	67.758	2.850	4,2%	55,2%
103	Hagen I	68,2%	7.218	10,1%	56,1%	58.127	3.539	6,1%	49,0%
104	Hagen II - Ennepe-Ruhr-Kreis III	69,7%	5.770	9,3%	58,1%	51.522	2.901	5,6%	50,3%
105	Ennepe-Ruhr-Kreis I	74,6%	7.140	8,9%	63,2%	67.806	3.601	5,3%	50,4%
106	Ennepe-Ruhr-Kreis II	73,0%	6.916	9,9%	61,2%	58.036	3.959	6,8%	57,2%
107	Bochum I	70,1%	8.776	12,2%	59,2%	60.192	4.617	7,7%	52,6%
108	Bochum II	76,2%	7.123	9,6%	67,4%	65.609	4.214	6,4%	59,2%
109	Bochum III - Herne II	66,7%	8.916	12,5%	56,1%	59.317	4.716	8,0%	52,9%
110	Herne I	67,3%	7.888	12,8%	56,0%	51.067	4.045	7,9%	51,3%
111	Dortmund I	66,6%	7.551	12,5%	52,7%	46.606	3.799	8,2%	50,3%
112	Dortmund II	64,8%	7.283	12,6%	51,6%	46.671	3.775	8,4%	51,8%
113	Dortmund III	70,1%	9.070	10,9%	57,0%	66.101	4.223	6,4%	46,6%
114	Dortmund IV	71,7%	8.472	9,8%	59,1%	69.378	4.274	6,2%	50,4%
115	Unna I	74,9%	7.373	8,6%	63,2%	72.464	3.942	5,4%	53,5%
116	Unna II	70,4%	7.470	9,7%	57,3%	62.488	3.732	6,0%	50,0%
117	Unna III - Hamm II	70,4%	7.456	10,8%	59,1%	58.055	3.761	6,5%	50,4%
118	Hamm I	69,9%	7.460	9,3%	58,0%	66.165	4.129	6,2%	55,3%
119	Soest I	71,7%	6.352	7,8%	59,7%	68.023	3.219	4,7%	50,7%
120	Soest II	70,3%	6.108	7,5%	57,9%	66.489	3.261	4,9%	53,4%

		BT-Wahl 2009			LT-Wahl 2010				LINKE
		Wahlbe- teiligung	Stimmen LINKE	Anteil LINKE	Wahlbe- teiligung	gültige Stimmen	Stimmen LINKE	Anteil LINKE	Stimmen LTW/BTW
0	NRW Landesergebnis	71,4%	789.814	8,4%	59,3%	7.872.862	434.846	5,6%	55,1%
121	Märkischer Kreis I	69,3%	6.606	9,3%	55,8%	56.981	3.513	6,2%	53,2%
122	Märkischer Kreis II	70,0%	5.844	7,9%	56,3%	59.171	3.027	5,1%	51,8%
123	Märkischer Kreis III	68,1%	6.472	8,8%	54,8%	58.725	3.147	5,4%	48,6%
124	Hochsauerlandkreis I	72,0%	5.275	6,9%	61,0%	64.688	2.692	4,2%	51,0%
125	Hochsauerlandkreis II	73,4%	4.789	6,5%	61,2%	61.129	2.571	4,2%	53,7%
126	Siegen-Wittgenstein I	69,9%	7.066	9,0%	54,9%	61.232	3.788	6,2%	53,6%
127	Siegen-Wittgenstein II	73,9%	5.296	6,9%	59,6%	61.468	2.908	4,7%	54,9%
128	Olpe	73,2%	4.325	5,7%	60,4%	62.444	2.376	3,8%	54,9%

* * *